

Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Roosevelt Präsident von USA

Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik

WTB. New York, 9. November.

Der demokratische Präsidentschaftskandidat Roosevelt ist mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden. Von den insgesamt 531 Wahlmännerstimmen erhielt Roosevelt 454, Hoover 55. 22 Wahlmännerstimmen stehen noch aus, die jedoch an dem Endergebnis nichts mehr ändern können.

Im Staate New York wurde der demokratische Kandidat Lehmann gewählt. — Auch bei den Bürgermeisterwahlen in der Stadt New York siegte der demokratische Kandidat O'Brien.

Gleichzeitig

Parlamentswahlen

Kleine demokratische Mehrheiten

London, 9. November.

WTB. Die Ergebnisse der Wahlen zum Repräsentantenhaus, die gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen stattfanden, zeigen, daß die Demokraten 220, die Republikaner 211 und die Landarbeiterpartei 1 Vertreter ins Repräsentantenhaus entsenden werden. Im

Senat, für den Teilwahlen abgehalten wurden, werden mindestens 45 Demokraten, 33 Republikaner sowie ein Landarbeiter-Vertreter sein. 17 Sitze sind noch zweifelhaft.

Die Bedeutung der Wahl

Es ist bekannt, daß in den Vereinigten Staaten zwischen der demokratischen und der republikanischen Partei kein grundsätzlicher politischer Unterschied besteht. Vielmehr sind beides gewaltige Parteiapparate, die nicht zuletzt dem Ziel dienen, ihre Anhänger in die verschiedenen Staatsposten zu bringen.

Insoweit kommt also dem Ergebnis der Präsidentschaftswahlen keine allzu große Bedeutung zu. Weit wichtiger ist aber dieses Ergebnis als Symptom für die Situation in USA. Die überwältigende Mehrheit, die gegen den bisherigen Präsidenten Hoover gestimmt hat, wollte mit dieser Stimmabgabe in erster Linie ihrem Protest Ausdruck verleihen. Dieser Protest galt vielleicht auch einzelnen Maßnahmen des Hooverregimes, aber er ist vor allem Ausdruck der Enttäuschung, die die amerikanische Bevölkerung angesichts der wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung erfährt. Hoover fällt als Opfer einer Krise des kapitalistischen Systems, die

er nicht überwinden konnte und die sein Nachfolger ebensowenig überwinden wird.

Natürlich ist die Form, in der die Masse der Wähler ihren Protest geäußert hat, die Stimmabgabe für den demokratischen Kandidaten, ganz und gar unzulänglich. Aber wichtig und für die Zukunft verheißungsvoll ist, daß dieser Protest überhaupt erfolgte. Die neuen Enttäuschungen, die nicht ausbleiben werden, werden dazu beitragen, größere Teile der werktätigen Bevölkerung von USA zum grundsätzlichen Protest und schließlich zum Kampf gegen das kapitalistische System zu führen.

Zum Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten ist John Garner gewählt worden.

Ende des Alkoholverbots?

WTB. New York, 9. November.

Die Zahl der Hoover treu gebliebenen Staaten wird nach den letzten Meldungen aus den frühen Morgenstunden nur noch auf sieben geschätzt. Darunter befinden sich im Osten Pennsylvania und Connecticut.

Mit den Ergebnissen der Kongresswahlen zusammengefaßt, diese Resultate, die Ein druck, daß im zukünftigen Amerika Präsident und Parlament ausgesprochen „naß“ sein werden.

Seit vielen Jahren hat kein Streik in Deutschland eine derartig große politische Beachtung und Bedeutung erlangt wie der soeben zu Ende gegangene Streik der Berliner Verkehrsarbeiter. Die politische Bedeutung dieses Streiks liegt nicht nur darin, daß hier nächst der Reichsbahn der wichtigste und größte Verkehrsbetrieb Deutschlands stillgelegt wurde und daß sich der Kampf, wenn es auch formal nur gegen einen Lohnabbau von 2 Pfg. pro Stunde ging, tatsächlich gegen die ganze Wirtschaftspolitik der Regierung richtete, sondern die politische Bedeutung des Kampfes liegt auch darin, daß hier neben der RGO zum erstenmal die Nazis in einem größeren Streik offiziell als Träger des Kampfes auftraten und die Führung der Freien Gewerkschaften als Streikgegner in Erscheinung trat.

Die politische Bedeutung des Kampfes, soweit es eine Aktion gegen die Lohnabbau diktatur der Regierung darstellt, tritt darin in Erscheinung, daß die Regierung durch wiederholte Notverordnungen den Kommunalbetrieben zwingend vorschrieb, die Löhne ihrer Arbeiter abzubauen und sie denen der vom Reich beschäftigten Arbeiter anzugleichen. Ein Sieg der Arbeiter gegen diesen Zwangsvorschritt der Regierung, d. h. ein Streiksieg, hätte die Berliner Kommunalbehörden bzw. die BVG-Direktion gezwungen hätte, entgegen der Regierungsvorschrift die bisherigen Löhne weiter zu zahlen, hätte selbstverständlich eine gewaltige Niederlage der Papenregierung bedeutet. Das hätte zu einem Signal für die ganze übrige Arbeiterschaft werden müssen, ebenso die Lohnabbau diktate der Regierung zu bekämpfen und sie praktisch wirkungslos zu machen. Die politischen Konsequenzen eines solchen Kampfes wären außergewöhnliche. Es würde nicht anderes bedeuten, als die Zerschlagung und Undurchführbarkeit des gesamten, ausschließlich auf Kosten der Arbeiterschaft aufgebauten Wirtschaftsprogrammes der Papenregierung.

Da auch die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung angibt, mit allen Mitteln gegen die Durchführung des Papenprogramms zu kämpfen, so wäre hier der denkbar günstigste Anlaß gewesen, diesen „Kampf“ des ADGB gegen die Papenpolitik wirkungsvoll zu führen. Doch die Gewerkschaftsführung hat das Gegenteil getan. Sie hat nicht nur gegen den Streik überhaupt Stellung genommen, sondern auch alles getan, um den gegen ihren Willen ausgebrochenen Streik zu brechen, indem sie mittels eines Beschlusses der fast nur aus SPD-Mitgliedern bestehenden Verbandsfunktionäre die Arbeiter aufforderte, nicht im Streik zu verharren, sondern die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Gewerkschaftsführung führt eine ganze Reihe formale Gründe für ihr Verhalten ins Feld. Sie kann mit Recht behaupten, daß durch ihre Verhandlungen mit der BVG-Direktion die ursprünglich aufgestellten rabattierten Lohnabbauforderungen bis zu 23 Pfg. pro Stunde stark reduziert worden sind. Sie kann auch noch anführen, daß die Urabstimmung bei rein formalistischer Auslegung nicht ganz die statutarische Dreiviertelmehrheit für den Streik erbracht hat. Ihr weiteres, auf politischem Gebiet liegendes Argument ist, daß die Gewerkschaft als Tarifkontrahent durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches an die Friedenspflicht gebunden gewesen wäre.

Alle diese Argumente mögen formal richtig sein, sie sind jedoch vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterklasse einfach lächerlich. Der arbeitsrechtliche Grund, der Hinweis auf die Friedenspflicht, ist um so weniger stichhaltig, als bekanntlich der Gegner, in diesem Fall die Papenregierung in dem großen Ringen zwischen Kapital und Arbeit niemals irgendwelche Rücksicht auf verfassungsmäßige bzw. arbeitsrechtliche Bindungen nimmt. Gegenüber einem solchen Gegner buchstabengetreu den „rechtlichen Weg“ einhalten zu wollen, muß in jedem Fall auf eine Preisgabe der Arbeiterinteressen hinauslaufen.

Und das hat die Gewerkschaftsführung getan. Sie hat, obwohl unzweifelhaft feststand, daß die gesamte Belegschaft der BVG-

Auflösung kommunistischer Versammlungen

Unerhörte Willkürmaßnahmen

Dresden, 8. November.

Die KPD hatte für gestern Abend drei Versammlungen zum Thema „Gemeindeverordnetenwahlen“ einberufen. Ursprünglich waren für den Abend jedoch Feiern des Jahrestages der russischen Novemberrevolution vorgesehen. So bestand der Verdacht, daß diese nun in mehr oder weniger verschleierte Form vorstatten gehen sollten. Die erste Versammlung wurde noch vor Beginn unterbunden (! Die Red.), weil sich aus der Ausschmückung des Saales und aus dem Programm eindeutig der Zweck ergab. Die zweite Versammlung verlief der Auflösung, weil der letzte Redner lediglich die russische Revolution verherrlichte. In der dritten Versammlung kam der Redner schließlich im Zusammenhang mit dem Berliner Verkehrsstreik zu Ausführungen, die dazu führten, daß ihm das Wort entzogen wurde. Es entstand große Unruhe und die Versammlungsteilnehmer stimmten ein revolutionäres Lied an. Infolgedessen wurde auch diese Versammlung aufgelöst. Ansammlungen, die sich später auf den Straßen bildeten, wurden von der Polizei teilweise unter Anwendung des Gummiknüppels zerstreut.

Das Urteil

Allenstein, 8. November.

WTB: Im Bombenwerferprozeß wurde heute nachmittag das Urteil verkündet. Bethke, Franz Weiß, Quassek und Klimmek wurden zu je fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, Wilhelm Weiß und Helwich zu je einem Jahr Zuchthaus, Demkowski zu einem Jahr Gefängnis, Pernack zu 15 Monaten Zuchthaus und Juschka zu neun Monaten Gefängnis. Sieben Angeklagte wurden freigesprochen.

„Militärische Geheimnisse“

München, 8. November.

Das Oberste Landesgericht München verurteilte den 53 Jahre alten verheirateten Kaufmann Ferdinand Wacker aus Garmersheim wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse zu 2 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Papen redet weiter

München, 9. November.

In der Verteilung der Reichstagsmandate ist eine weitere Veränderung eingetreten. Die Bayerische Volkspartei erhält statt 19 20 Mandate, während die Wirtschaftspartei nur mit einem Abgeordneten, dem früheren Reichsjustizminister Professor Bredt, vertreten sein wird.

Falsche Wahlscheine?

München, 8. November.

CNB. Die Nationalsozialistische Korrespondenz meldet aus Mannheim, daß in verschiedenen dortigen Wahllokalen Stimm Scheine der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 ausgegeben worden seien, auf denen die SPD die Liste Nr. 1 inne hat. Infolgedessen hätten verschiedene NSDAP-Wähler Liste 1 gewählt. Dadurch, daß diese Wahlscheine als ungültig erklärt worden seien, seien der NSDAP viele Stimmen verloren gegangen.

„Völkische Beobachter“ verboten

München, 8. November.

WTB. Der „Völkische Beobachter“ ist heute Abend laut Beschluß der Polizeidirektion München mit sofortiger Wirkung bis zum 14. November dieses Jahres verboten worden. Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz schreibt, das Verbot sei erfolgt wegen eines Artikels in der Ausgabe vom 6./7. November, dessen Überschrift lautete: „Herr von Papen hält eine von Verunglimpfungen gegen Adolf Hitler strotzende Rundfunkrede.“

Wieder ein SPD-Blatt verboten

Halle, 8. November.

WTB. Der Oberpräsident hat die in Zeitz erscheinende sozialdemokratische Tageszeitung „Volksbote“ auf drei Tage verboten mit der Begründung, das Blatt habe Reichskanzler von Papen und die Reichsregierung beschimpft und böswillig verächtlich gemacht.

Am Dienstag hat der Reichskanzler gleich in doppelter Form seine Auffassung der Lage kundgetan: in einem Interview und in einer Rede beim Frühstück des Vereins der ausländischen Presse.

In dem Interview erklärte Papen, die Regierung werde, gestützt auf das Vertrauen des Reichspräsidenten, am Grundsatz der Ueberparteilichkeit festhalten und sich weiter vorwiegend der Aufrechterhaltung der Ordnung, der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Wohlstandes und der Achtung vor dem Gesetz widmen. Auf dem Gebiet der Außenpolitik werde es seine Aufgabe in der Verwirklichung der wohl begründeten Ansprüche Deutschlands auf Gleichberechtigung sowie in der Förderung des Friedens und der Abrüstung sehen. Er könne nur die Hoffnung ausdrücken, daß sich im neuen Reichstag eine genügende Anzahl von Männern finden möge, die von dem gleichen Wunsche besetzt und bereit seien, an diesen Aufgaben wirksam und einmütig mitzuarbeiten.

In seiner Rede äußerte sich Papen im gleichen Sinne. Er sprach ausführlich über Außenpolitik, Weltwirtschaftskonferenz und Abrüstungsprobleme, wobei er den neuen Abrüstungsplan der französischen Regierung als einen großen Fortschritt bezeichnete. Papen schloß mit einem Bekenntnis zum „großen Werk der Versöhnung der Völker auf den Grundlagen der ewigen Gesetze der Gerechtigkeit zum Besten der Welt“. Man sieht, auf ein paar schöne Redensarten mehr oder weniger kommt es ihm nicht an!

583 Abgeordnete

Berlin, 8. November.

Der Kreiswahlleiter des Wahlkreises Nr. 26 (Franken) hat dem Reichswahlleiter ein beachtliches Ergebnis gemeldet, das um 51 981 gültige Stimmen höher ist, als das zuerst gemeldete. Der Anteil der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei an dieser Stimmenzahl beträgt 18 882. Die Bezeichnung wirkt sich dahin aus, daß der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ein weiteres Mandat auf ihrer Reichsliste zufällt. Die Gesamtzahl ihrer Abgeordneten beträgt nunmehr 196; der Reichstag umfaßt damit insgesamt 583 Abgeordnete.

Betriebe den Streik wollte und auch geschlossen in den Streik trat, unter formaler Begründung die Arbeiterinteressen verraten und - ob gewollt oder ungewollt ist ganz gleichgültig - die Papenregierung und ihre arbeiterfeindliche Kapitalsdiktatur aktiv unterstützt.

Gegenüber dieser grundfalschen, arbeiter-schädigenden Politik waren die RGO, ja selbst die notorischen Arbeiterfeinde, die Nazis, mit ihren Streikparolen und ihrer Streikaktion im Recht. Wir stehen ganz gewiß nicht im Verdacht, die RGO oder gar die NSBO irgend-wie zu begünstigen, sondern vertreten immer den Standpunkt, daß in die Führung der wirt-schaftlichen Lohn- und Arbeitszeitkämpfe aus-schließlich Aufgabe der Gewerkschaften ist. Wenn es aber, trotzdem die tageweislich organisierten Arbeiter in der BVG die weitaus stärkste Gruppe dar-stellen, der RGO und sogar den Nazis ge-lingen konnte, den Streik gegen den Willen der Gewerkschaftsführer auszulösen und mehrere Tage durchzuführen, so ist das der beste Beweis, daß in den Augen der BVG-Arbeiterschaft die Gewerkschaft ihre Pflicht striktilch vernachlässigte. Ganz gegen ihren Willen sah sich der größte Teil der Arbeiter gezwungen, sich hinter diese sehr zweifelhafte „Streikleitung“ von RGO und NSBO zu stellen, wenn sie überhaupt den von ihnen als lebensnotwendig betrachteten Kampf durchführen wollten. Die große Schuld der Gewerkschaftsfüh-rung liegt eben gerade darin, daß sie die Arbeiter in eine so furcht-bare Zwangslage gebracht haben. Hätte umgekehrt die Verbandsleitung sich für den Streik eingesetzt und den Streik mit allen Konsequenzen geführt, so wäre die RGO und erst recht die NSBO zweifellos völlig im Hintergrund verschwunden. Das Ergebnis wäre nicht nur der sichere und vollkommene Sieg der Arbeiter gewesen, sondern gleich-zeitig ein gewaltiges Plus der Ge-werkschaften, eine heute doch gewiß notwendige Stärkung des Vertrauens der Massen zu den Gewerkschaften.

Gegenüber diesen Tatsachen ist das dumme Geheul der SPD-Presse und reformi-stischen Gewerkschaftsinstanzen über das „politische Manöver der RGO und der NSBO“ wie auch das Höhnchen über die „Bundes-brüderschaft zwischen KPD und Nazis“ völlig unangebracht.

Die RGO feiert jetzt einen großen Triumph. Wenn auch der Kampf verloren ging, wenn auch Tausende von Gemein-regelten auf der Strecke liegen, so richtet sich doch die ganze Wut der Arbeiter gegen die Gewerkschaften, während die RGO als die wahre Führerin von gewerkschaftlichen Kämpfen erscheint. Es muß dabei fest-gestellt werden, daß die RGO ihren Erfolg lediglich der katastrophalen Politik der Reformisten und einer Aenderung ihrer bisherigen Politik im Sinne der von uns immer geübten Kritik verdankt. Nur durch die Tatsache, daß die RGO in diesem Fall das Schwergewicht ihrer Arbeit in die Gewerkschaften verlegte, daß sie ihren früheren Unsinn, sich gegen Urabstimmungen zu stemmen, aufgab und sich für die Urabstimmung, für eine mög-lichst große Streikmehrheit dabei einsetzte, hat die Auslösung des Kampfes bewirkt. Nur so konnte die RGO schließlich die Führung des Streiks in die Hand bekommen. Für die zukünftige Entwicklung in den Gewerkschaften ist diese Tatsache sicher nicht er-freulich und nicht im Interesse der Arbeit-erschaft liegend. Nach wie vor ist vielmehr notwendig, daß der Kampf geführt wird, um die Gewerkschaften umzugestalten, sie zu Trägern der entschlossenen Kämpfe gegen die Kapitalsdiktatur zu machen.

Die verhängnisvollste Auswirkung des Kampfes ist die, daß es hier den Nazis gelungen ist, sich offiziell als selbständiger Fak-tor in die wirtschaftlichen Kämpfe einzuschal-ten, und sich als Streikführer aufzuspielen. Das muß die ohnedies schon große Verwirrung unter der Arbeiterschaft noch gewaltig ver-mehren. Unter allen klassenbewußten Arbeitern, unter Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilosen herrscht darüber einheitliche Auffassung, daß die Beteiligung der Nazis an diesem wie auch an anderen Streiks in den letzten Wochen ausschließlich partei-demagogischen Erwägungen ent-springt. Daß der einzige Zweck dieser Nazi-Politik der ist, sich das für ihre Inter-essen notwendige Vertrauen in breiten Ar-beiterschichten zu ergattern, um damit die Arbeiterklasse noch mehr zu zersplittern und im geeigneten Moment einen genügend großen Teil der Arbeiterschaft in ihrem Ge-folge zu haben, wenn es für die NSDAP gilt, entscheidende Massenkämpfe des Proletariats gegen das Kapital zu verhindern und zu zerschlagen.

Das ist die große Gefahr, die der ganzen Arbeiterbewegung droht, und die durch die Schuld der reformistischen Gewerkschaftsführung in diesem Streik außerordentlich gesteigert worden ist. Behält die reformistische Gewerkschaft ihre falsche Politik bei, dann wird diese Gefahr weiter wachsen und die Arbeiterklasse noch mehr aktionsunfähig machen, so daß auch das letzte Hindernis einer unumschränk-ten faschistischen Diktatur beseitigt ist.

Wir richten an alle Gewerkschaftsmitglieder, vor allem an die sozialdemokratischen Kollegen, die dringende Mahnung, die ganze Größe der hier aufgezeigten Gefahren zu sehen und zu erkennen, daß die Gewerkschaftsbewegung verloren ist, wenn es nicht im letzten Moment gelingt, einen radi-kalen Kurswechsel in der Gewerkschaftsführung durchzusetzen. In der jetzigen Situation können die Ge-werkschaften nur bestehen, wenn sie entschlossen und ohne Rück-sicht auf alle formalen und sogenann-ten arbeitsrechtlichen Be-denken die Streiks und außerpar-lamentarischen Massenkämpfe führen. Nur dadurch wird es möglich sein, die Politik der RGO unschädlich zu machen und vor allem, die Arbeitermassen von einer weiteren Nazi-Verseuchung fernzuhalten, den Faschismus zu schlagen.

Die Arbeitslosenziffer stabil

Das Flasko der Papen-Wirtschaftsankurbelung

Der Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenziffer für die Zeit vom 16. bis einschließlich 31. Oktober stellt eine geringe Abnahme der Arbeitslosenziffer fest. Während in der ersten Hälfte des Oktober die Arbeitslosenziffer wieder um 48 000 angewachsen ist, ist sie in der zweiten Hälfte des Oktober um beinahe dieselbe Zahl wieder zurückgegangen. Sie beträgt am 31. Oktober 5 109 000. Darin eingerechnet sind 250 000 Jugendliche, die im Freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt werden. (Die Ziffer der Freiwilligen Arbeitsdienstler ist also rasend im Steigen und hat im Oktober um rund 50 000 zugenommen.)

Von den 5,1 Millionen Arbeitslosen werden in der Alu 582 000, in der Kru 1 139 000 und durch die Wohlfahrt 2 141 000 unterstützt.

Nach wie vor bleiben also rund 1 1/2 Millionen gezählte Arbeitslose überhaupt nicht unterstützt. Hinzu kommen hier noch die mindestens 2 Millionen Arbeitslose, die sich überhaupt nicht mehr bei den Arbeitsämtern melden, denn

die Gesamtarbeitslosenziffer beträgt min-destens 7 Millionen, von denen also rund die Hälfte keinen Pfennig Unterstützung beziehen.

Die ganze bürgerliche und papentreue Presse jubelt über den „Erfolg“ der Papen-

politik. Der Regierung wäre es gelungen, die Arbeitslosigkeit zum Stehen, ja zum Rückgang zu bringen, und es zeigten sich darin die Erfolge der Wirtschaftsankurbelung. In Wirklichkeit stellen gerade die Arbeitslosenziffern das vollkommene Flasko der Papen-Wirtschaftspolitik fest. Rund 1 1/2 Milliarden Liebesgaben an die Unternehmer wurden von der Regierung aus-geworfen, und es sollten damit nach den offi-ziellen Ankündigungen 1 1/2 bis 2 Milli-onen Arbeitslose in die Be-triebe zurückgeführt werden. Jetzt ist dieses Wirtschaftsprogramm rund 2 Mo-nate im Gange. Ein großer Teil der 1 1/2 Milli-arden sind schon verschleudert und es ist nichts weiter erreicht worden, als daß die Arbeitslosenziffer die gleiche geblieben ist.

Nicht um ein Jota ist die Arbeitslosigkeit gesunken.

Hinzu kommt aber noch ein weiteres: die gesamte Arbeitszeit ist gewaltig ge-streckt, d. h. für große Teile der Arbeiter verkürzt worden. Gleichfalls sind die Löhne gewaltig reduziert worden, so daß die Gesamtlohnsumme für die Ar-beiterschaft heute um viele Milliarden nie-driger ist als zu Beginn der Papen-Wirt-schaftspolitik. Also in jeder Hinsicht ein voll-kommenes Flasko. Darum Schluß mit dieser Papen-Regierung!

Die Rache der „Sieger“

Weitere 1500 Angestellte der BVG gemäßregelt

Berlin, 8. November
CNB. Die Direktion der Berliner Verkehrs-Gesellschaft hatte auf Grund ihres Aufrufs an das Fahr- und Werkstättenpersonal die Arbeit bis Freitag 2 Uhr nachmittags wieder aufzu-nehmen, widrigenfalls sich die betreffenden Angestellten als entlassen zu betrachten haben, zunächst „nur“ 1000 Mann entlassen. Jetzt hat die BVG weiteren 1000 Fahrern und Schaff-neren sowie 500 Arbeitern aus den Werkstätten ihre Entlassungspapiere zugestellt.

Weitere 26 Haftbefehle erlassen

CNB. Berlin, 8. November.
Im weiteren Verlauf des heutigen Tages sind dem Vernehmungsrichter im Polizei-präsidium abermals 50 Personen vorgeführt worden, die im Zusammenhang mit Ausschrei-tungen gegen Straßenbahnwagen festgenommen worden waren. Gegen 26 Sistierte wurde Haftbefehl wegen Land-friedensbruchs und versuchter Trans-portgefährdung erlassen. Die Zahl der richter-lichen Vorführungen im Polizeipräsidium war im Zusammenhang mit dem Verkehrstreik in den letzten Tagen so groß, daß ein zweiter Vernehmungsrichter seine Tätigkeit aufnehmen mußte.

Die Nazis beschuldigen die RGO des Streikbruchs

Die Nationalsozialistische Betriebszellen-organisation (NSBO) veröffentlicht in der Nachtausgabe des „Angriff“ vom 8. November eine Erklärung, in der nicht nur die Leitung

der freien Gewerkschaften, sondern auch die RGO des Streikbruchs an den Ber-liner Verkehrsarbeitern beschuldigt wird. Es wird darin gesagt, daß die RGO, trotzdem der Streik noch im vollen Gange war, schon am Montag vormittag ihre Leute zur Wiede-rufnahme der Arbeit in den Betrieb geschickt hätte und dann eigenmächtig am Montag abend den Streik für beendet erklärt hätte. Die NSBO dagegen habe bis Dienstag mittag den Streik hochgehalten und erst nachdem die fertige Tatsache des Streikabbruchs durch die RGO geschaffen worden sei, hätte sich die NSBO gezwungen gesehen, nun auch ihrer-seits den Streik für ihre Mitglieder für beendet zu erklären. Die Nazi-Erklärung schließt mit der Bemerkung, dieser Verlauf des Kampfes zeige, daß die Nationalsozialisten die einzig wahren Vertreter der Arbeiter wären, während die Marxisten beider Schattierungen die Arbeiter verraten.

Das hat gerade noch gefehlt, die Nazis, diese gekauften Unternehmerhündlinge, die sich bisher tausendfach als Streikbrecher und Denunzianten der Unterdrückten produzierten und den BVG-Streik nur aus parteidemago-gischen Gründen unterstützten, jetzt als die „Kämpfer“ und „wahren Freunde“ der Ar-beiter! Daß es den Nazis überhaupt möglich war, diese Rolle im Verkehrstreik zu spielen und jetzt noch diese freche Erklärung ab-geben zu können, ist die Schuld der reformistischen Gewerkschafts-führung, deren Pflicht gewesen wäre, sich an die Spitze des Kampfes zu stellen und ihn mit allen Konsequenzen bis zum vollen Erfolg durch-zuführen. Wäre das geschehen, dann stände heute die Sympathie der gesamten Arbeiterwerke auf Seiten der Gewerkschaften und kein Mensch würde das Nazi-Geschwätz auch nur einen Moment ernst nehmen.

Die Breslauer Metallarbeiter lehnen ab

Am Montag, den 7. November, nahmen die in der Breslauer Metallindustrie be-schäftigten freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu dem von uns schon gemeldeten neuen Verhandlungsergebnis über den Ab-schluß des neuen Tarifvertrages in der Metall-industrie Stellung. Bekanntlich hatte eine vorhergegangene Betriebsräte- und Vertrauensleute-Konferenz das Verhandlungsergebnis mit großer Mehrheit abgelehnt. In der Mitglieder-Versammlung am Montag setzten sich die Kollegen Ziegler und Kuhnert für die An-nahme der Vereinbarung ein. Es wäre gelungen, bei den Verhandlungen die ur-sprünglichen Pläne der Unternehmer sehr wesentlich zurückzuweisen, und die jetzige Differenz wäre zu gering, um einen Kampf zu führen, zumal es auch fraglich erscheine, ob hierzu der DMV-Vorstand die Sanktion erteilen werde.

In der Diskussion sprachen alle Redner, mit Ausnahme eines Kollegen scharf gegen die Annahme der Vereinbarung. Bei der Abstimmung wurde demgemäß auch die Vereinbarung mit 315 gegen 208 Stimmen abgelehnt. Das ist zwar nicht die vorgeschriebene 2/3 Mehrheit, aber die Abstimmung in einer Mitgliederversammlung entspricht auch nicht den statistischen Bestimmungen einer Urabstimmung, und so wurde, wie uns berichtet wird, in der Orts-verwaltung des DMV beschlossen, die Ab-stimmung in der Mitgliederversammlung als endgültige Ablehnung der Ver-einbarung anzusehen und eine dementsprechende Mitteilung dem Unternehmers-Verband zukommen zu lassen. Es soll ver-

sucht werden, durch erneute Verhandlungen die Unternehmer zum ausdrücklichen Ver-zicht auf jegliche Akkordreduzierung zu ver-anlassen. Nur in diesem Falle könne es zu einem Tarifab-schluß kommen.

Für die Metallarbeiter in den Betrieben ist die Situation klar. Nach wie vor gilt für sie die Losung, keinen Pfennig Lohnabbau zu dulden!

Neue Nazi-Bluttaten

Das ist ein Nazi-M. d. R.!

Sonntag früh gegen 5 Uhr wurde in der Mittelstraße in Barmen ein junges Mädchen durch einen Schuß aus einem vorbeifahrenden Auto am linken Fuß verletzt. Eine Polizei-streife nahm in einem Kraftwagen die Ver-folgung des Personenwagens auf und stellte fest, daß es sich um das Auto des nationalsozialistischen Reichs-tagsabgeordneten Veller handelte, aus dem mehrere Schüsse abgegeben worden waren. Aus dem-selben Auto wurde auf dem Alten Markt in Barmen eine zum Dienst gehende uni-formierte Gruppe von Post-be-amten beschossen. Verletzt wurde hier-und. Unmittelbar darauf wurden aus demselben Wagen Schüsse auf das Kaffee Victoria am Alten Markt in Barmen abgegeben, wobei eine große Scheibe

Milliz und Wehrpflicht in Österreich?

Wien, 8. November.
Wie die Wiener Sonn- und Montagzeitung erfährt, befaßt sich die österreichische Regie-rung mit dem Plan, in Oesterreich die all-gemeine Wehrpflicht wieder ein-zuführen und gleichzeitig eine Milliz zu errichten, um durch diese ent-schiedene Umwandlung das österreichische Heer-wesen zu reformieren. Die Verhandlungen über diese Neuerung seien bereits sehr weit ge-fahren. Bei den Signatormächten des Ver-trages von St. Germain, welche in dieser An-gelegenheit das letzte entscheidende Wort zu sprechen hätten, habe sich bisher keine Ablehnung gegen den Plan gezeigt.

Ein Geständnis

Letztlich hielt in Dresden der Ver-band der höheren Beamten Sach-sens eine Tagung ab. Der frühere Vor-sitzende des Deutschen Bauarbeiterverbandes und spätere sozialdemokratische Oberpräsi-dent von Ostpreußen, August Winnig, bis zum Kapp-Putsch 1920 Karl Severlags engster Freund und Mitarbeiter, wettete als Hauptredner gar schrecklich gegen die Par-teibuchbeamten. Eine derartige „Auffassung“ eröfnet, nach der „Dresdner Volkszeitung“, für den einfachen Staatsbürger Unsicherheit und Grausen.

Ein Geständnis des sozialdemokra-tischen Blattes ist wichtig genug, um es festzuhalten. Es lautet:

„Die Diffamierung der besten Männer (wohl Ebert, Scheidemann, Severing, Noske usw. D. Red.) die... dafür sorgten, daß es heute überhaupt noch höhere Beamte gibt (im Original gesperrt), felerte wahre Orgien.“

Hier wird also von einem sozialdemokra-tischen Blatte endlich einmal eingeräumt, daß die obere Bürokratie mit ihren Riesengehül-tern der Sozialdemokratie ihr Pa-rasitendasein verdankt. Aus die-sein Eingeständnis der „Dresdner Volkszeitung“ folgt weiter, daß auch die Richter, die in den letzten Monaten unzählige Ar-beiter, darunter auch Reichsbannerkameraden, für viele hundert Jahre dem Kerker überant-worteten, dieses Handwerk nur üben konnten, weil die Führung der SPD nach der Novem-berrevolution 1918 dafür sorgte, daß es heute überhaupt noch höhere Beamte, also auch Richter und Staatsanwälte aus dem kaiser-lichen Deutschland gibt.

SA und SS im Saargebiet verboten

Saarbrücken, 8. November.
Die Regierungskommission des Saargebiets hat beschlossen, sämtliche militä-rähnlichen Organisationen der NSDAP, insbesondere die Sturmabteilun-gen (SA), die Schutzstaffeln (SS) und sonstige Einrichtungen einschließlich der SA-Beob-achter, SA-Reserven, Motorstürme des natio-nalsozialistischen Kraftfahrkorps, der natio-nalsozialistischen Sanitätskorps, der Führer-schulen, der SA-Kasernen und der Zeug-meisterei mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

Sensation im Altonaer Sprengstoffprozeß

Nazi-Reichstagsabgeordneter befahl Handgranate anschläge

WTB. Im Altonaer Sprengstoff-Prozeß brachte die Vernehmung des Elmshorner SS-Führers Grezesch eine Sensation. Grezesch gab zu, den Befehl zur Aus-führung von Handgranatenan-schlägen erhalten zu haben. Von wem der Befehl stammte, sagte er nicht. Er habe dann etwa 30 SS-Leute zusammenrufen lassen, sie mit dem Befehl bekanntgemacht, sich die zuverlässigsten ausgesucht, ihnen Handgranaten übergeben und die betreffenden Häuser genau ge-kenntzeichnet. Den für die Ausführung bestimmten SS-Leuten wurde Schweige-gebot auferlegt.

WTB. Kurz vor Sitzungsschluß gab der Angeklagte Grezesch zu, den Befehl von dem mitangeklagten Reichstagsmitglied und Standartenführer Paul Muder erhalten zu haben.

Nazi-Messerstecher

Harburg-Wilhelmsburg, 8. November
In den frühen Morgenstunden entstand zwischen einem Nationalsozialisten und einem Kommunisten eine Schlägerei, in deren Ver-lauf der Kommunist von dem Nationalsozialisten durch et-wen Messerstich schwer ver-letzt wurde. Der Täter wurde verhaftet.

Zuchthausanträge im Schweidnitzer Prozeß

Neue Tumulte

Attentäter willkommen

Die Vernehmung der letzten Zeugen im Schweidnitzer Attentatsprozeß bringt neue Beweise für die organisierten Verdunkelungsversuche, mit denen man den Attentäter und die Tat in den Kreisen der NSDAP zu decken sucht. Polomski alias Schmidt ist, wie die Zeugin Fuchs, die Gattin des Standartenpastors, aussagt, auf dem Gut in Reichenforst

nicht der dort befindlichen „SA-Wache“ zugewiesen, sondern in den engsten Familienkreis hineingezogen worden.

Auf Befragen nach dem Grunde der dortigen SA-Einquartierung gibt Rittergutsbesitzer und Hauptmann a. D. Müller an, er hätte seinen Besitz vor kommunistischen Brandstiftungen schützen wollen (!). Im übrigen sei es eine allseits verbreitete Gepflogenheit, erholungsbedürftigen (!) Parteigenossen im Parteinteresse beizustehen.

Daß SA-Leute aus politischen Gründen zum Erholungsurlaub auf Güter geschickt würden, sei keine Seltenheit.

Selbst diese, unseres Erachtens nach höchst verdächtigen Bekundungen, vermögen jedoch in keiner Weise das besonders herzliche Verhältnis, das die Familie des Hauptmanns Müller mit dem Angeklagten Schmidt-Polomski für die lange Dauer seines Aufenthalts verbunden hat, zu erklären. Man hat gemeinsam Ausflüge ins tschechische Gebiet unternommen um Einkäufe zu machen (Deutsche, kauft deutsche Waren, heißt es doch) und sich auch etwas zu vergnügen. Dabei ist die treudeutsche Gattin Müller oft in eine so übermütige Stimmung geraten, daß sie den angeklagten Kraftwagenführer und SA-Mann duzte und als Neffe titulierte. Auch Tanzdielen hat sie mit ihm besucht. Trotz dieses herzlichen Verhältnisses will die Familie Müller nicht nach der Persönlichkeit des unbekannt und so beliebten Gastes geforscht haben. Das Ganze erscheint als ein recht plummes Manöver, den wahren Sachverhalt zu vertuschen. Einen ähnlichen Standpunkt haben Staatsanwalt und Nebenkläger geteilt. Auf ihren Antrag hin blieb das Ehepaar Müller unvereidigt. Wie im Falle des Standartenpastors Fuchs ist also auch hier der Begünstigungsveracht gerechtlich bestätigt. Der Oberkraftwagenführer Wanot aus Fürstentstein hat, wie die weitere Vernehmung ergibt, den Polomskischen Wagen in eine Notgarage transportiert, ebenfalls ohne nach Sinn und Herkunft dieses überraschend aufgetauchten, unbekannt Kraftwagens zu fragen. Die Lampe des Schlüssellichtes des Kraftwagens ist ausgebrannt gewesen. Verdunkelungsversuche also überall.

Schwere Ausschreitungen der SA

Nachdem es schon in den Morgenstunden des vierten Verhandlungstages zu Kundgebungen der zahlreich und in feldmarschmäßiger Ausrüstung zusammengezogenen SA in Schweidnitz gekommen war (der angeklagte Führer Heines wurde bei seinem Eintreffen vor dem Gericht mit einem Marsch der SA-Kapelle und wiederholten Heilrufen begrüßt), kam es im Laufe des Nachmittags zu weiteren

schweren Ausschreitungen der vor dem Gerichtsgebäude versammelten Nationalsozialisten und SA-Leute. Das Gerichtsgebäude wurde mit Steinen beworfen, eine Scheibe zertrümmert und ein Polizeibeamter durch den Stein und die herabfallenden Glassplitter schwer verletzt.

Das Plädoyer des Staatsanwalts

Das Plädoyer des Staatsanwalts bemerkte zunächst, daß Anfang August durch Deutschland eine Welle des Terrors gegangen und die Tat der SA-Leute von einem ungezügelten politischen Haß diktiert gewesen sei.

Die Beweisaufnahme habe ferner ergeben, daß das Attentat nur gegen einen Menschen vorbereitet gewesen sei. Dafür spreche schon die Lage der Leiche. Nach der Ueberzeugung des Staatsanwalts wollten die drei Angeklagten bewußt Paeschke töten. Die Tat sei mit vollster Ueberlegung vorbereitet worden. Gleichzeitig sei auch der Tatbestand des Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz erfüllt. Der Staatsanwalt habe sich überlegt, ob er nicht sogar Todesstrafe beantrage, und das wäre auch der Fall gewesen, wenn ein anderer und nicht der Täter selbst, wie bei dem Reichenbacher Attentat, getötet worden wäre. Völlig gelöst werde das Reichenbacher Attentat allerdings erst sein, wenn die zwei flüchtigen SA-Führer von Obernitz und Graf Spreiti vor dem Gericht stünden. Zur Frage der Täterschaft

und der Beteiligung der einzelnen Angeklagten sah der Staatsanwalt als erwiesen

an, daß Wolter jener unbekannt SA-Mann gewesen sei, der mit Polomski zusammen nach Schweidnitz gefahren sei und von Reichenbach aus auch die Bombe mitgenommen habe, um sie an Jaehnke weiterzuleiten. Dem Angeklagten Wagner werde man nicht glauben können, daß er die Streichhölzer kurz vor der Ausführung des Attentats nur darum holte, um Zigaretten anzuzünden zu können. Es sei ferner zu berücksichtigen, daß keiner von den Angeklagten Reue über die Tat gezeigt habe.

Bezüglich der Begünstigung der Angeklagten Heines und Konsorten nahm Oberstaatsanwalt Henschel als erwiesen an, daß sich

die Angeklagten Wagner und Polomski kurz nach dem Mißlingen des Attentats zu Heines begeben und ihm die Vorgänge in einer zweistündigen Unterredung erzählt hätten. Es sei ein Rätsel (?), wenn Heines sich jetzt nicht mehr darauf entsinnen könne. Charakteristisch sei seine Auslassung, es werde noch mancher SA-Mann im Kampfe für Deutschlands Freiheit geopfert werden.

Es falle weiter ins Gewicht, daß Heines die Abkommendarstellung der beiden Angeklagten Wagner und Polomski nach der Sportschule Fürstentstein anordnete. Der Angeklagte Hayn habe eine schriftliche Anweisung der beiden Angeklagten Wagner und Polomski mitgegeben, in der besonders darauf hingewiesen wurde, daß sie nach Gebrauch zu vernichten sei.

Von den Angeklagten Staats und Rauscher sah der Staatsanwalt als er-

wiesen an, daß sie die Unterbringung des Wagens und des Angeklagten Polomski in Reichenforst veranlaßt hätten. Die Unterbringung der Angeklagten, die Poststellung des Staatsanwalts ist interessant, hätte sich nicht bewerkstelligen lassen, wenn nicht der Gruppenführer Heines und Stabsführer Hayn die erforderlichen Anweisungen hierzu gegeben hätten. Alle vier Angeklagten seien also wegen Begünstigung zu verurteilen, wobei zu berücksichtigen sei, daß es sich bei dem Attentat um eines der schwersten Verbrechen handele. Staatsanwalt Henschel beantragte nach diesem Plädoyer 6 Jahre Zuchthaus gegen Wagner wegen versuchten Mordes in Tateinheit mit Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz und 5 Jahre Ehrverlust, ferner die Mindeststrafe wegen unbefugten Waffenbesitzes, und bat, die Strafe auf 6 Jahre und 1 Monat Zuchthaus zusammenzuziehen.

Gegen Wolter beantragte er gleichfalls wegen versuchten Mordes in Tateinheit mit Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz 6 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Polomski als den Jüngsten und den, der zunächst ein Geständnis ablegte, 5 Jahre und 6 Monate Zuchthaus sowie 5 Jahre Ehrverlust.

Gegen den Gruppenführer Heines wurden wegen Begünstigung 10 Monate, gegen Stabsführer Hayn 9 Monate und gegen den Standartenführer Rauscher und den Sturmabteilführer Staats je 6 Monate Gefängnis, bei den letzteren unter Anrechnung der Untersuchungshaft beantragt. Das Urteil, das am heutigen Tage zu erwarten ist, geben wir in der morgigen Nummer der „SAZ“ bekannt.

Die „Freien Schwimmer“ werben

Der Monat November als Werbemonat — Großes Werbeschwimmfest am Sonntag, den 13. November, 15 Uhr, im Breslauer Hallenschwimmbad!

Trotz der schlechten wirtschaftlichen Zeiten, haben es die „Freien Schwimmer“ sich nicht nehmen lassen, auch in diesem Jahre ein Hallenschwimmfest durchzuführen. Sind es doch gerade Hallenschwimmfeste, die immer eine besondere Zugkraft auf die Zuschauer ausüben und ihnen die Schönheit und Zweckmäßigkeit des Schwimmsports vor Augen führen. Das diesjährige Schwimmfest soll mehr denn je dazu beitragen, neue Anhänger dem Schwimmsport zuzuführen und neue Mitglieder dem Verein einzureihen. Aus diesem Grunde gilt der Monat November als Werbemonat, und alle in diesem Monat neu eintretende Mitglieder brauchen kein Eintrittsgeld zu entrichten. Besonders den Kindern sollte man es möglich machen, die Übungsstunden des Vereins zu besuchen. Für einen Monatsbeitrag von 1.— Mk. können sie sich neben den Ergänzungsportarten wie Turnen,

Handballspielen, Wandern etc., jeden Sonntag vormittag von 10—11.30 Uhr im Breslauer Hallenschwimmbad tummeln.

Unter Anleitung erfahrener Funktionäre erhalten sie Ausbildung in sämtlichen Zweigen des Schwimmsports. Der Übungsabend der Männer, Frauen und Jugendlichen findet jeden Dienstag von 20.15—22 Uhr statt. Auch hier wird jedes Mitglied systematisch zur Erlernung sämtlicher Schwimmarten und des Wasserballspiels ausgebildet. Daß auch bei uns der Ergänzungsport gepflegt wird, beweisen die Erfolge am besten, die bisher unsere Handballer und Leichtathleten erzielt haben. Anmeldungen für den Verein werden jeden Dienstag und Sonntag im Hallenbad von den Funktionären entgegengenommen, und empfiehlt es sich, von der Befreiung des Eintrittsgeldes in diesem Monat Gebrauch zu machen. — Die Eintrittspreise zum Hallenschwimmfest betragen: Sitzplatz 80 Pf., Stehplatz 40 Pf., Kinder 20 Pf. — Der Vorverkauf hat bereits begonnen und sind Programme bei den Mitgliedern zu haben.

Verboten, verboten!

Die Leitung des „Allgemeinen Verbandes der Kriegs- und Arbeitssopfer Deutschlands“ teilt uns mit, daß die geplante Fahnenweihe unter den Burgfrieden fällt und vom Polizeipräsidenten verboten wurde.

Die Feier findet am Sonntag, 20. November im selben Lokal, nachmittags 14 Uhr statt.

Ein Nachbericht

SAP-Wahlversammlung Bunzlau

In einer gutbesuchten Wahlversammlung sprach Genosse Frölich in Berlin. Noch nie hat das Bunzlauer revolutionäre Arbeitervolk einen so tiefgehenden, grundlegenden Vortrag gehört, wie durch Genossen Frölich. Mit großer Spannung lauschten die Anwesenden, mancher denkende SPD- und KPD-Mann mußte, ob er wollte oder nicht, seine Anschauungen ändern. Nur die fanatischen, sturen KPD-Anhänger wußten nichts zu tun, als ihre alten Walzen und Platten vom Stapel zu lassen. Eine sehr klägliche Rolle als angeblicher Revolutionär spielte der Bezirksleiter Sanders-Breslau in der Diskussion. Nichts anderes konnte er bringen, als einzelne Fehler eines SAP-Funktionärs. Ihr denkenden Genossen der KPD, diese Leute wollen Euch führen? Fegt sie hinweg, das ist Ballast auf dem Wege zum Sozialismus; kämpft mit uns gemeinsam in einem Arbeiterblock für ein Sowjetdeutschland. Genosse Frölich schäufte aus seinen großen Erfahrungen und bewies den Genossen der KPD ihre falsche Führungspolitik in seinem Schlusswort. Trotz

großer Sabotage von SPD und KPD werden wir weiterstehen im Kampf um die Führung der Arbeiterschaft, und der wird führen, der seinen Worten die Tat folgen läßt.

Darum Genossen tragt unsere Parole noch tiefer ins Proletariat, dann wird es bald tagen.

Wie sie in Oesterreich denken

Die Stellung der österreichischen Arbeiterjugend zur SAP

Als im vorigen Jahre ein Breslauer SAP-Genosse auf seiner Ferienfahrt in einer österreichischen Naturfrunde nächtigte und er sich als Breslauer zu erkennen gab, wurde er von den Jugendgenossen sofort nach der SAP und dem Genossen Eckstein befragt, für die die Genossen große Sympathien hatten. Unser Genosse blieb mit einem dieser Genossen in Verbindung und hat vor einigen Tagen wieder einen Brief erhalten, in dem es u. a. heißt:

„... Nur mit Widerwillen habe ich mich entschlossen, die drei Pfeile zu tragen, da sie allzusehr an die SPD erinnern... Die mir übersandte „SAZ“ habe ich erhalten. Bei einer derartigen Fülle des Materials konnte ich natürlich nur das Notwendigste berücksichtigen. Mit besonderem Interesse habe ich die Artikel des Genossen Seydewitz gelesen; die von der „SAZ“ vertretene politische Auffassung findet meinen ungeteilten Beifall. Ich glaube in Deinem Sinne gehandelt zu haben, wenn ich die Zeitungen sodann den Genossen der SAJ zur Verfügung gestellt habe, die alle Eure Bewegung mit großem Interesse verfolgen.“

Einfrieren der Wasserleitungen

Die Verwaltung der städtischen Rohrnetzbetriebe schreibt uns:

Um ein Einfrieren der Hauswasserleitungen und besonders der Wassermesser zu verhüten, muß der Wassermesserschacht mit doppeltem Holzbelag versehen sein und gleich dem Messer mit Stroh und dergl. verpackt werden. Steht der Messer im Keller, so sind die Kellerfenster den Winter über geschlossen zu halten und gut zu verpacken.

Wo Hofklosetts vorhanden sind, ist die Grube ebenso wie der Wassermesserschacht zu behandeln. Die Entleerungshähne müssen während der Frostzeit geöffnet sein. Die Klosettbecken sind mit einem gut schließenden Holzdeckel abzudecken, da sonst die Auslaufrohre an den Becken leicht zufrieren und Wasser durch die Entleerungen verloren geht.

Um die Möglichkeit einer Verseuchung der Wasserleitung auszuschließen, ist zur Verpackung nur sauberes Material, reines Stroh, Papierballen (möglichst in Säcken verpackt) alte Säcke oder dergl. zu verwenden. Das Ausfüllen der Wassermesserschächte mit Mist, verfaultem Stroh und sonstigen gesundheitschädigenden Stoffen ist streng verboten. Bei Schächten mit Doppeldecken genügt die Ausfüllung des Zwischenraumes zwischen den beiden Deckeln. Der Sauberhaltung der Wassermesserschächte ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Leitungen, die den Winter über unbenutzt bleiben, sind außerdem durch den Privatabsperrhahn zu schließen und zu entleeren.

Zwangsvorstellungen der Nazis

Liegnitz, 8. November.

Das Wolfbüro meldet: Am Sonnabend war hier das neue Flugzeug der Nationalsozialisten eingetroffen, das als Ersatz für die am 12. März zerstörte Maschine angeschafft worden war. Es wurde in der Halle des Liegnitzer Luftfahrtvereins untergestellt. Der Monteur arbeitete gegen 23 Uhr noch an dem Motor. Wie berichtet wird, soll sich nun ein Mann unter der Angabe, er sei von der NSDAP beauftragt, die Flugwache zu revidieren, unter Vorzeigung eines Ausweises Eintritt verschafft haben. Dieser Mann sei zum Pilotensitz emporgestiegen und habe den Gashebel gezogen, sodaß die Maschine, die eben im Leerlauf lief, ins Rollen gekommen sei. Sie sei gegen ein in der Halle stehendes Auto gerollt, so dem die Luftschraube zerschellt sei. Der angebliche Kontrolleur habe sich dann, als im gleichen Augenblick die von der Lichtmaschine des Autos gelieferte Notbeleuchtung der Halle aussetzte, in der Dunkelheit entfernt. — Eine Untersuchung über diese mysteriöse Angelegenheit ist im Gange.

Es fehlt nicht viel, daß man behauptet, der „geheimnisvolle Unbekannte“ sei Kommunist oder SAP-Mann. Tolle Blüten treibt der Verfolgungswahn der Nazis.

Bauchtyphus bei Nicolai

Nicolai, 8. November.

In der Gemeinde Mokrau bei Nicolai erkrankten drei Personen einer Familie. Nach der Einlieferung ins Krankenhaus wurde Bauchtyphus festgestellt.

Arbeiter-Samariter Kolonne Groß-Breslau

Für die beiden am Donnerstag stattfindenden Lehrkurse in der ersten Hilfeleistung bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen können sich noch einige Teilnehmer melden. Die Kurse beginnen um 20 Uhr und finden im Zwingergymnasium und in der Volksschule Posener Straße statt.

4. Abteilung: Mittwoch, den 9. 11. Außerordentliche Mitgliederversammlung bei Rauch, Vorkerkstraße. Mitgliedsbücher sind zwecks Kontrolle mitzubringen.

9. Abteilung: Freitag, den 11. 11. Mitgliederversammlung bei Becker, Hundsfelder Str. Unser Anfängerkursus beginnt am 18. November und können sich schon jetzt Anfänger melden.

Die Einheitsfront

SPD-, SAP- u. KPD-Genossen sind sich darüber einig, daß



DIE ENTE

die beste und billigste politische-satirische Wochenschrift ist.

Sie erscheint jeden Donnerstag!

Preis 10 Pfennig

Bei allen Zeitungshändlern erhältlich - Probenummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstraße 7



Bekömmlichkeit ist gesundheitlich das Wertvollste

Fache-Branntwein-Marken:

Feiner Breslauer vorwiegend durch Verwendung von Roggenkorn 25% Ltr.-Fl. 1.50
Feiner alter Breslauer der allberühmte Breslauer mit Getreidekorn 25% Ltr.-Fl. 1.60
Fache Edelmarke wird, gewöhnlich durch Destillat und Roggenkorn 25% Ltr.-Fl. 1.80
Fache Kream die führende Qualitätsmarke, vorwiegend schmelzbar durch Weizenkorn 27% Ltr.-Fl. 2.—
Fache Exquisite pikant, mit durchdringendem Getreidegeschmack 28% Ltr.-Fl. 2.40

Fache-Getreidekorn-Marken:

Fache Weizenkorn der berühmte alte Breslauer Korn, unser Stolz 27% Ltr.-Fl. 2.30
Fache Roggenkorn die Elite-Qualität 27% Ltr.-Fl. 2.30
Fache Getreidekorn unsere Standardmarke, streng gemäß Ausschuss 27% Ltr.-Fl. 2.70
Jagdkorn (Doppelkorn), vollkommene, rasig, abnorm bürst, den führenden Marken d. Kontinents 42% 0,8 Ltr. in Original-Steinkübeln 2.60

Die Bekömmlichkeit unserer Branntwein- und Getreidekornmarken steht einzig da.

Zum Prozeß Bullerjahn

Die Erfahrungsgrundsätze und der Angeklagte

K. G. Wenn es nach den Erfahrungsgrundsätzen des Reichsgerichts ginge, so dürfte es bestimmt nicht Berliner Boden betreten haben, um hier an Ort und Stelle den Prozeß Bullerjahn weiterzuführen. Denn nach den Erfahrungsgrundsätzen hat das Reichsgericht noch nie seinen Wirkungskreis Leipzig verlassen. Also eine Neuerung!

Der hohe Senat des Reichsgerichts wird dieser Tatsache kaum irgendwelche Bedeutung beimessen, weil es diesen Akt als einfach notwendig empfindet. Aber die Theorie von den Erfahrungsgrundsätzen scheint nicht mehr zu stimmen.

In der ersten Phase des Prozesses Bullerjahn wurden jene Spaziergänge Bullerjahns in die Nähe des Horstweges, wo der französische Leutnant Jost wohnte, als belastende Indizien zur Sprache gebracht. Bullerjahn, der vollkommen einleuchtend die Umklammerung schilderte, in der er sich befand, hat die Sinnlosigkeit, die er begehen wollte, um den Leutnant Jost aufzusuchen, ihn zu stellen, ihn zu einer Erklärung zu zwingen, daß er nichts mit dem Verrat zu tun habe, auch seinem ersten Verteidiger gegenüber verschwiegen.

Die Angst hatte ihn gepackt!

Da wurde ihm doch die Aussage jener unbekannteren Vertrauensperson vorgehalten, und wenn er jetzt sagen würde: Ja, ich war im Horstweg, dann glaubte er, verloren zu sein.

Der Präsident des Reichsgerichts wußte auf diesen Aufschrei einer gequälten Kreatur nichts anderes zu sagen, als „Ja, aber nach den Erfahrungsgrundsätzen hätten Sie doch besser getan, ihrem Verteidiger die reine Wahrheit zu sagen.“ Bullerjahn antwortete schlagfertig: „Ja, Herr Präsident, es ist vollkommen richtig; das sehe ich heute ein.“

Aber damals fühlte ich die Schlinge um meinen Hals

und wehrte mich dagegen, daß sie zugezogen wird.“

Der Herr Präsident möge verzeihen, aber die Sache mit den Erfahrungsgrundsätzen ist doch nur eine juristische Phrase. — Jeder Beruf hat diese Erfahrungsgrundsätze.

Morgen Donnerstag.

Mitgliederversammlung

der SAP Ortsgruppe Breslau, 20 Uhr im Bergkeller. Erscheint in Massen. Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.

der Maschinenbauer für seine Maschinen, der Kaufmann für seine Geschäfte und der Jurist für seine Tätigkeit. Er, der Jurist, weiß Bescheid, was innerhalb seines Arbeitsbereiches gut und richtig wäre. Aber würde er es auch wissen, wenn man ihn hätte, an eine Setzmaschine zu treten, um auch nur zu beurteilen, ob der Setzer das Richtige tut? Er könnte es nicht, weil er keine Ahnung hat. Aber so ein Angeklagter, von dem wird Ueberrassendes gefordert. Er soll sich in jeder Phase seines Verfahrens so benommen haben, wie es die Erfahrungsgrundsätze des jeweiligen Gerichtes erfordern!

Die Herren des Reichsgerichtes schütteln über die oder jene Handlung Bullerjahns den Kopf, und es ist ihnen das und jenes verdächtig. Aber gerade das Verdächtige ist für Bullerjahn nach der menschlichen Logik durchaus entlastend. Beachten wir:

Am 25. Dezember 1924 befand sich Bullerjahn in der Nähe des Horstweges am Kaiserdamm. Er kommt an jenem ersten Weihnachtsfeiertag aus dem Untergrundbahnhof heraus, steht wenige Schritte vom Polizeipräsidium entfernt, sieht seine Bekannten Langer, Pfeißt ihnen zu, spricht mit ihnen und geht mit ihnen zu gemeinsamen Bekannten. Seine Absicht, wegen einer neuen Stellung seinen früheren Kollegen Klaus Herms aufzusuchen, hat er inzwischen aufgegeben.

Wenn die frühere Anklage nun Bullerjahn vorwirft, daß er sich hierdurch verdächtig gemacht habe, muß man den Herren des Reichsgerichtes „vorhalten“, daß Bullerjahn am 25. Dezember 1924 nicht ahnen konnte, daß das Reichsgericht alle seine damaligen Schritte, Wege, Handlungen unter seine scharfsichtige Lupe nehmen würde. Gerade die von Bullerjahn gegebene Schilderung scheint darauf hinzudeuten, daß er Recht hat, wenn er sagt: vielleicht würde ich

morgen genau so handeln, wenn ich in der gleichen Lage bin wie vor acht Jahren.

Hätte Bullerjahn damals gehandelt, was ihm alles bevorstand, wahrscheinlich hätte er sich alle seine Wege polizeilich beglaubigen lassen.

Und was den 7. Januar 1925 anbetrifft, so darf doch nicht übersehen werden, daß Bullerjahn den Besuch bei Jost machen wollte, einen Tag, nachdem er im Werk gehört hatte, daß man ihn des Landesverrats bezichtigte.

Er handelte dann sinnlos, so wie ein Verbrecher nie handeln würde. Aber das Faktum muß ganz scharf herausgearbeitet werden:

Erstens: Bullerjahn war am 7. Januar 1925 nicht bei Jost. Zweitens: er war auch nie früher bei Jost. Abgesehen von den Bekundungen des Leutnants Jost hierüber hat auch das Reichsgericht selbst neuerdings ermittelt, daß Bullerjahn nicht bei Jost in der Wohnung war. Das hat die Wirtin von Jost ausgesagt und vor allem die frühere Freundin von Jost, die bekundet hat, daß sie es hätte wissen müssen, wenn Bullerjahn mit Jost in Beziehungen gestanden hätte.

Das Bemühen des Reichsgerichts, für die erste Verurteilung eine Rechtfertigung zu finden, ist verständlich. Herr Senatspräsident Büniger betonte ja einleitend selbst, daß es hier nur um Schuld oder Unschuld des Angeklagten ginge. Von jeder politischen Beeinflussung des Verfahrens müsse man sich frei halten. Darum, so möchten wir folgern, darf nichts geschehen, was auch nur den Anschein hat, als bemühe sich das Reichsgericht, eine Entschuldigung für das erste Fehlurteil zu finden.

Im Hintergrund: Herr von Gontard

Berlin, 8. November.

CNB. Der zweite Berliner Verhandlungstag des Bullerjahn-Prozesses brachte zunächst den Lokaltermin in den Berlin-Karlsruher Industriewerken in Wittenau. Der Lokaltermin, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, nahm nicht nur den ganzen Vormittag, sondern auch die frühen Nachmittagsstunden in Anspruch, so daß Senatspräsident Dr. Büniger die Verhandlungen im Sitzungssaal des Oberpräsidiums erst nach 5 Uhr eröffnen konnte.

Als Erster wurde der Zeuge Schlaf vernommen, der die ersten Ermittlungen der Spionageabteilung des Polizeipräsidiums gegen Bullerjahn geleitet hatte. Der Zeuge erklärte auf eine Frage des Vorsitzenden, er selbst habe nicht den Generaldirektor von Gontard als Vertrauensperson angegeben. Er habe mit von Gontard auch nie etwas zu tun gehabt. Die Direktoren Gebauer und Heilwig hätten angegeben, eine Persönlichkeit in den Werken besäße Material für die Schuld des Bullerjahns.

Diese Persönlichkeit wünsche aber nicht genannt zu werden.

Daraufhin habe er im Auftrage des Kriminalkommissars Göbener den Herren gesagt, sie sollten diese Persönlichkeit dem Polizeipräsidium mitteilen, der Name würde im Verfahren nicht genannt werden. Direktor Heilwig habe ohne seine Vermittlung dem Kriminalkommissar Göbener direkt den Generaldirektor von Gontard als Vertrauensperson genannt.

Der Zeuge Pagenstecher, Leiter des Sicherheitsdienstes in den Berlin-Karlsruher Industrie-Werken, bekundete als Zeuge, das Sekretariat des Herrn v. Gontard sei laufend über den Gang der Untersuchungen informiert worden. Auf Aufforderung des Vorsitzenden schilderte der Zeuge noch einmal ganz ausführlich das nach seiner Meinung verdächtige Verhalten Bullerjahns am Tage der Revision durch die Interalliierte Kontrollkommission. Auf Aussage des Zeugen, daß Bullerjahn sich gestürzt habe, das Lager zu betreten, in dem die Kommission am Werke war, fragte der Vorsitzende Bullerjahn, warum er sich gegen das Betreten des Lagers so energisch gestäubt habe.

Bullerjahn erklärt, wenn er tatsächlich das Lager verraten hätte, dann würde die Kommission weit mehr gefunden haben.

Der Vorsitzende erklärte für wichtig, daß Bullerjahn nähere Angaben über diese Dinge macht. Für die Erörterung dieser Dinge wird auf Antrag des Reichsanwalts die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen.

Der Berliner SJV für Klarheit im Kampf

Die am 2. November 1932 tagende Konferenz der Funktionäre des SJV Berlins, auf der die Organisation durch 70 Funktionäre vertreten war, nahm nach ausführlichen Referaten, die zur kommandon Arbeit des Jugendverbandes Stellung nahmen, folgende politische Resolution einstimmig an:

„Die Funktionärskonferenz der Berliner Jugendfunktionäre wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen jede Form liquidatorischer Tendenzen. Die Aufgabe des SJV ist nach wie vor die Schaffung der revolutionären Jugendorganisation. Das ist nur möglich bei schärfster Selbständigkeit gegenüber allen anderen Jugendorganisationen.“

Die Konferenz nimmt Kenntnis vom liquidatorischen Standpunkt des Gen. Karl Frank und seiner Versuche, durch fraktionale Tätigkeit im SJV und in der SAP die Kapitulation vor dem Reformismus vorzubereiten. Wenn auch dieser Versuch, für seinen Standpunkt Jugendgenossen zu werben, kläglich gescheitert ist, so steht doch die Konferenz auf dem Standpunkt, daß keine revolutionäre, nach kommunistischen Grundsätzen geleitete Organisation in ihren Reihen Elemente dulden darf, die in irgendeiner Form vor dem Reformismus und seinen Organisationen kapitulieren. Aus diesem Grunde verlangen die Funktionäre kategorisch vom Parteivorstand den sofortigen Ausschluß des Gen. Karl Frank.

Für unsere Prinzipienklärung! Gegen jede Form von Kapitulation vor der SPD und der Eisernen Front!

Die Berliner Organisation hat dadurch bewiesen, daß sie einheitlich auf dem Boden der Befehlung der Partei und des Jugendverbandes steht und gegen Tendenzen der Liquidation unserer Organisation ganz entschieden Stellung nimmt.

Sturmschäden überall Portugiesisches Fischerboot gesunken

Lissabon, 8. November.

Ein Fischerboot wurde am Kap Mondego von einem anderen Boot so heftig gerammt, daß es sofort sank. Von der 25 Mann starken Besatzung sind 10 ertrunken.

Ein Riesenzirkuszeit zerstört

Udine, 8. November.

Wie die Direktion des Zirkus Gleich meldet, ist ihr Riesenzirkuszeit in Triest durch eine besonders heftige Bora in der heutigen Nacht zerstört worden. Die Bora, die eine Stärke von 10 bis 15 Sekundenmetern hatte, richtete großen Schaden an den Zirkusbauten an. Menschenleben sind jedoch nicht zu beklagen.

Im Karibischen Meer

Wie aus Panama gemeldet wird, wütet der schwere Sturm im Karibischen Meer mit unverminderter Stärke weiter. Der englische Dampfer „Phemius“ ist verschollen. Der amerikanische Dampfer „San Simeon“ sandte erneut SOS-Rufe aus. Zwei andere amerikanische Dampfer stehen ihm bei. Der amerikanische Armeetransportdampfer „Sturdivant“ sowie der Dampfer „Hobro Jensen“ meldeten schwere Havarie. Da von zahlreichen anderen Dampfern jegliche Nachrichten fehlen, ist man wegen der außerordentlichen Stärke des Sturmes in großer Besorgnis.

Die Feierlichkeiten in Moskau

Moskau, 8. November.

Die Werktätigen Moskaus feiern den 15. Jahrestag ihres Sieges. Anderthalb Millionen marschierten zum Jahrestag des größten Sieges des Proletariats aller Welt auf dem Roten Platz auf. An ihrer Spitze, von einem Bräufellsturm auf der überfüllten Zuschauertribüne begrüßt, die alten Rotgardisten, die ersten Kämpfer der Oktober-Revolution.

Die Straßen Moskaus bieten einen festlichen Anblick. Überall Plakate, Transparente, Zehntausende von roten Fahnen. In allen Straßen und auf allen Plätzen drängt sich die Menge, der Rote Platz selbst ist ein rotes und schwarzes Meer von Fahnen und Menschen.

Der Vorbeimarsch begann um 10 Uhr morgens und dauerte bis spät in den Abend hinein.



Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 68

Achtung, Veranstaltungsgruppe der PKG. Freitag, 20 Uhr, bei Czichos, Kloster- Eckgrünerstraße.

Achtung, Parteimitglieder und Abteilungsleiter der SAH.

Sämtliche 5 Pf.-Karten und alle Sammelkarten der Sozialistischen Arbeiterhilfe sind bald im Büro. Dienstag und Freitag, von 19—20 Uhr, bei der Genossin Sacher abzurechnen. Die Abteilungsleiter der SAH werden ersucht, die Karten und Listen einzusenden.

Sekretariat: Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden Dienstag Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 10—20 Uhr

Freidenkjugend Breslau, Gruppe Süd-Ost. Heute, punkt 20 Uhr, halten wir im Heim Tenenbiersstraße 84, einen Gruppenabend mit folgenden Kurzreferaten ab: 1. Die Arbeiterklasse nach der Wahl. 2. Die russische Revolution von 1917. 3. Die deutsche Revolution von 1918. Außerdem Diskussion und Umräumungen. Instrumente mitbringen.

Monistische Jugend. Heute, 19.30 Uhr, Sprechbewegungschorprobe, Grünstraße 14/16. Donnerstag, im selben Heim, Beginn einer Arbeitsgemeinschaft über zwei Abende. Leiter Dr. Görlitz. Thema: Kartelle und Trusts. Alle interessierten Genossen erscheinen.

Gewerkschaftsnachrichten

Deutscher Metallarbeiterverband.

Arbeitslose Metallarbeiter. Donnerstag, 10. November, vorm. 10 Uhr, Gewerkschaftshaus, großer Saal, Versammlung. Tagesordnung: 1. Arbeitslosen-Unterstützung und Tariflöhne (Ref.: Koll. Ziegler). 2. Tonfilm der GeWo Lichtspiele. Zutritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches. Ehefrauen der Mitglieder haben Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Geschäftliches

„Die Freude flieht auf allen Wegen; der Aergor kommt uns gern entgegen“ sagt Wilh. Busch. Deshalb muß man die Freude festhalten und dem Aergor aus dem Wege gehen. Güter Kaffee bereitet Freude. Die Coffeinwirkung hinterher aber ist für manchen doch recht ärgerlich. Darum coffeinfreies Kaffee Hag trinken! Er ist völlig unschädlich und dazu höchster Genuß.

STADTTHEATER
Mittwoch, 20—22.30 Uhr
Abonn.-Vorst. F +
Der Troubadour
Donnerstag, 19.30 gegen 23 Uhr
Der Teufelsreiter
Freitag, 19— gegen 23 Uhr
Uraufführung
Liebesstrategie

LOBETHEATER
Täglich 20.15—22.10 Uhr
Komödie der Irrungen
GERHART HAUPTMANN THEATER
Täglich 20.15—22.15 Uhr
Donnerstag, 17. April
Sonabend, 20.15 Uhr
Neuspielabend:
Die Ratten
Berliner Tragikomödie von Gerhart Hauptmann

Winterräntel, Joppen
Reparatur, Anzüge
Lederbekleidung
Arbeitskleidung
am besten und billigsten bei
Oskar Niemel
Breslau, Neumarkt

Berlin
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: 27 Weichsel 3432
Donnerstag, 10. Novemb.
8.15 Uhr
Der Zigeunerbaron
Genossen Beachtet
unsere Inserate!

COFFEIN FREIES KAFFEE
HAG
MAKROPHOSPHOR
ANWALLEN

Steis frisch zu haben bei
Kurt Reicherl
Kolonialwaren
Steinauer Straße 20
Ecke Leuthenstraße

Verantwortlich: Paul H a n n a c k, Breslau; Insetzer: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstraße 7. Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 1. 1. Trepp. Telefon 206 02. Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebert, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

Gustav Adolfs historische Stellung

Von Franz Mehring

(Fortsetzung und Schluß von dem gleichnamigen Artikel aus Nr. 255 der „SAZ“.)

Die Vorstellung, als ob Gustav Adolf an der Spitze eines Heeres von gottbegnadeten schwedischen Bauern in die kaiserlichen Söldnerscharen gestürzt sei, erträgt keine ernsthafte Kritik. Als er nach Deutschland aufbrach, bestand sein Heer zu Hälfte aus Söldnern, die in aller Herren Länder geworben worden waren; auf deutschem Boden wurde es nach Gustav Adolfs Programm aus Deutschland rekrutiert, aus gewaltsam gepreßten oder ausgehungerten Bauern und Handwerkern oder auch aus jenem internationalen Söldnertum, das heute unter dieser Fahne dient und morgen unter jener, und das seit dem Beginn des Dreißigjährigen Krieges schon zu einer furchtbaren Landplage angeschwollen war. Gefangene wurden sofort als Soldaten eingestellt. Es mag wohl stimmen, daß schließlich kaum der zehnte Mann in den schwedischen Heeren ein Schwede war. Natürlich ist auch die berühmte Manneszucht Gustav Adolfs im wesentlichen und namentlich nach der moralischen Seite hin eine Fabel. Daß er bei seinen Eroberungszügen den ungeheuren Trost der damaligen Heere möglichst zu beschränken suchte und deshalb namentlich keine Weiber im Heere dulden wollte, daß er bei seinen Einbrüchen in fremde Länder von feierlichen Versprechungen überquoll, seine Soldateska werde friedlicher, Einwohnern kein Haar krümmen, das verstand sich am Rande, und man muß die Bescheidenheit der Leute anerkennen, die in diesen allgegenwärtigsten Erobererpraktiken einen Ausfluß protestantischer Gotteskindschaft bewunderten. Aber alles das hatte eine sehr enge Grenze einmal an den Verhältnissen und dann auch an dem Willen des Königs.

Solange er mit Brandenburg und Sachsen nicht einig war, hatte er das dringende Interesse, die strengste Disziplin in seinem Heere aufrechtzuerhalten, und mit den Befehlen, die er deshalb erließ war es ihm gewiß voller Ernst. Allein damals schon schrieb er in einem vertraulichen Briefe an Oxenstierna, seine Armee sei in der traurigsten Verfassung, er habe keine Mittel, Fußvolk und Reiterei zu befriedigen, er müsse alle Exzesse mit großem Verdruß hingehen lassen und sei doch täglich in Gefahr vor Meuterei. Nach der Schlacht bei Breitenfeld hat er aber auch nicht mehr den Willen gehabt, seine Soldaten zu irgendwelcher Manneszucht anzuhalten; wir hörten schon, mit welchem geflügelten Worte er die Klagen seines sächsischen Bundesgenossen über die schwedischen Plünderungen in sächsischen Gebieten zurückwies. Als ihn dann Wallenstein bei Nürnberg in eine enge Klemme brachte, wurde er freilich wieder höflich gottselig. Eine Deputation der Stadt Nürnberg, deren Beistand er dringend brauchte, ermächtigte er, jeden plündernden Gemeinen sofort zu erhängen; er versicherte sie, wie nahe es ihm gehe, daß es bei allen diesen Plünderungen in Freundschaft immer heiße, der Schwed' tue dies, der Schwed' tue das. Beiläufig ein unwillkürliches Eingeständnis, daß „der Schwed“ damals schon den sprichwörtlichen Ruf des Mordbrenners genoss. Seinen deutschen Offizieren aber sagte Gustav Adolf: „Mir ist so wehe bei euch, daß ich in meinem Königreich lieber die Säue hüten will, als mit einer so verkehrten Nation umzugehen gedanke.“ Als protestan-

tischer Glaubensheld mußte Gustav Adolf schon einen tüchtigen Schuß protestantischer Heuchelei besitzen. Man muß ihm auf die Püuste sehen, nicht aufs Maul, sagte Wallenstein.

Als Staatsmann, soweit er als solcher überhaupt individuelle Fähigkeiten beweisen konnte, besteht Gustav Adolf ebenso mittelmächtig wie als Feldherr. Der langwierige Streit über seine letzten politischen Ziele ist deshalb ganz gegenstandslos, weil er solche Ziele überhaupt nicht hatte. Der Entschluß der schwedischen Militärmacht, im nördlichen Deutschland keine starke Macht aufkommen zu lassen, hatte von ihrem Standpunkt aus Hand und Fuß; wie er aber auszuführen sei, davon hat sich Gustav Adolf nie ein klares Bild gemacht. Ueber die Gründe und die Grenzen seiner Erfolge hat er nie ernsthaft nachgedacht. Er lebte politisch von der Hand in den Mund, wieder sehr im Unterschied von Richelieu und Wallenstein, die ein großes klares Ziel im Auge hatten, auf dessen Erreichung sie ihre politischen Aktionen zuschnitten. Es ist verloren Mühe, überhaupt zu bestreiten, daß Gustav Adolf auf die deutsche Kaiserkrone spekuliert habe; einer seiner offiziellen Unterhändler hat es in einer offiziellen Unterredung ausdrücklich erklärt. Aber freilich hat er auch diese imaginäre Idee nicht mit irgendwelcher Konsequenz verfolgt. Nach Oxenstiernas Behauptung hat er ein großes skandinavisches Reich gründen wollen, das Schweden, Norwegen, Dänemark und die Ostseeländer umfassen sollte, was kaum weniger Zukunftsmusik war als die deutsche Kaiserkrone. Gustav Adolf selbst hat sich am deutlichsten dahin ausgesprochen, daß er Pommern und Mecklenburg kapern wolle, aber als deutscher Reichsfürst und Direktor eines Corpus Evangelicorum, also der protestantischen Fürsten und Städte, was die dauernde Zerteilung Deutschlands bedeutete hätte. Zum Lohn für diesen sauberen Plan haben ihm deutsche Geschichtsschreiber denn auch über

den Schellendaus gepriesen, weil er ein einiges starkes Deutschland habe schaffen wollen.

In einem Punkte nur ist Gustav Adolfs historische Stellung grobartig und ganz unvergleichlich. Er hat fertig gebracht, was keinem Eroberer vor und nach ihm geglückt ist, von wievielen Eroberern immer die Geschichte zu erzählen weiß. Ein großes Volk, dessen Todfeind er war und dessen Knochen er blutig geschunden hat, feiert ihn als seinen Helden. Um dies Wunder zu bewirken, mußte freilich auch erst ein „Volk der Dichter und Denker“ auf der geschichtlichen Bühne erscheinen.

Aber die deutsche Bourgeoisie beweist mit ihrem Gustav-Adolf-Kultus von neuem die altbekannte Tatsache, daß sie die bornierteste Bourgeoisie des Jahrhunderts ist. Die bornierteste und deshalb in ihrer Art auch wieder die perfideste. Dieselben Blätter, die am lebendigsten die Gustav-Adolf-Hymnen singen, lärmten am lautesten nach neuen Ausnahmegesetzen gegen die arbeitenden Klassen. Sie haben ihrem Helden glücklich abgesehen, wie er sich räusperte und spukete: es gilt, die Rettung der angeblich heiligsten Interessen zum Deckmantel nehmen, um die Massen bis auf das nackte Leben zu plündern. Auf diesen Gustav-Adolf-Kultus trifft auch zu, was Wallenstein von Gustav Adolf sagte: Man muß ihm auf die Püuste sehen, nicht aufs Maul.

Indem sie einen der gewaltsamsten Umsturzmannen feiern, von denen die Geschichte zu erzählen weiß, schreiben sie zum „Kampf gegen den Umsturz“; indem sie einen ausländischen Plünderer Deutschlands verherrlichen, entfallen sie das „nationale“ Banner gegen das gesetzmäßige Ringen der deutschen Arbeiterklasse um ein menschenwürdiges Dasein. Brauchen wir danach noch ausführlich darzulegen, welches Interesse das deutsche Proletariat an der bevorstehenden Gustav-Adolf-Feier hat?

Kinderprostitution

Hohe Zuchthausstrafen

Berlin, 8. November.

Eines der trübsten Kapitel sozialer Verelendung beschäftigt heute eine große Strafkammer des Landgerichts I in Berlin.

Der 63 Jahre alte Artist Haffke, der 54-jährige Techniker Dunkel, der 46jährige Arbeiter Kistenmacher, die Brauereiarbeiter Fend und Brinkmann, sowie der 58jährige Schneider Rothe sind angeklagt, sich fortgesetzt an kleinen Mädchen von 10 bis 13 Jahren vergangen zu haben. Die sechs Angeklagten sind schon einschlägig vorbestraft, Haffke nicht weniger als 25mal.

Im Jahre 1928 war er zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Sofort nach seiner Straffreilassung nahm er sein Treiben wieder auf.

Die sechs Angeklagten machten sich im Humboldthain auf den Spielplätzen an Mädchen im Alter von 10 bis 13 Jahren heran und

verlockten sie durch Geldgeschenke von 50 Pfennig bis 3 Mark dazu, ihnen zu folgen und ihnen willfährig zu sein. Als Zutreiberin bedienten sie sich einer Frau namens Hertha Wecht, die flüchtig ist. Die Vergehen fanden teils in den Wohnungen der Angeklagten Haffke und Dunkel statt oder die sechs vergingen sich an den Kindern in Hausfluren und Torgängen.

Der Fall hat seine besondere Note dadurch, daß die Angeklagten behaupten, daß Kinder, mit denen sie zu tun hatten, sich schon vorher mit Männern abgegeben hätten und

durch Armut und Not dazu getrieben worden wären, Männerbekanntschaften zu schließen.

Das Gericht fällt folgendes Urteil: Der 63jährige Artist Haffke wurde zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, der 54jährige Techniker Dunkel zu zwei Jahren

Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust, der 48jährige Arbeiter Kistenmacher zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust und der 58jährige Schneider Rothe zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Das Verfahren gegen die Angeklagten Brinkmann und Fend war vorher abgetrennt worden.

Ein Urteil, das in seiner Unsinnigkeit die Maschinerie der Justiz bloßlegt. Nicht die Verurteilten sind schuldig, sondern die Gesellschaftsordnung, die sie schuldig werden ließ.

Das Urteil gegen die Negerknaben von Scottsboro aufgehoben

Washington, 7. November. Das Oberste Bundesgericht hat die Todesurteile gegen die sieben Neger von Scottsboro, die sich an weißen Mädchen vergangen haben sollen, aufgehoben.

Vor dem Kapitäl, in dem das Bundesgericht tagte, befand sich ein starkes Polizeiaufgebot, das die Zugangsstraßen abspernte und eine Gruppe von Kommunisten an Demonstrationen hinderte.

Ein Erfolg des Proteststurmes der proletarischen Massen der gesamten Welt.

Ein Teil des verurteilten deutschen Postflugzeuges aufgefischt

Ein belgisches Lotsenboot hat in der Nähe des Feuerschiffes Maas ein Rad vom Flugzeug eines Flugzeuges aufgefischt, das vermutlich von dem vor etwa einer Woche über der Nordsee verunglückten und spurlos verschwundenen deutschen Postflugzeug stammt. Der um das Rad befindliche Teil trägt die Kennzeichnung „Elektron“ Metall G.m.b.H. Konstanz-Stuttgart. Typ 965/150.



15 Jahre Sowjetunion

Eine gute Uebersicht über die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Sowjetunion gibt die soeben erschienene Jubiläumssondernummer der „Moskauer Rundschau“. In 20 Seiten zeigt sie das Wachstum der Wirtschaft, die kulturellen Errungenschaften auf. Im Mittelpunkt der Nummer stehen die industriellen zweifarbigen Bildstatistiken, die der „Moskauer Rundschau“ vom Bildstatistischen Institut übergeben wurden.

Eine Bildstatistik zeigt das Wachstum der führenden Wirtschaftszweige, eine zweite, die über 2 Seiten geht, die Aufwärtsentwicklung der Schulen, der hygienischen Einrichtungen, des Zeitungswesens, Radio- und Wohnungsbau. Eine auf zwei Seiten veröffentlichte Karte der neuen Industrieanlagen des ersten 5-jahresplanes ist der beste Beweis der Erfüllung dieses gigantischen Werkes. Die Karte, aus der der Standort der Industriezweige zu ersehen ist und die Bildstatistiken sind für jeden, der sich aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen für die Sowjetunion interessiert, unentbehrlich.

Trotz des großen Umfangs, der ausgezeichneten Beiträge, von denen nur ein kleiner Teil oben aufgezählt wurde, kostet die Nummer wie immer nur 20 Pf g.



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by

5) Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Ein scharfer Moschusgeruch stieg mir in die Nase. Er stieß mich zurück, und ich erinnerte mich ganz plötzlich, daß ich zu mir, zu meinen Kindern zurückgehen müsse. Wahrscheinlich wurde ich dort schon erwartet. Die täglichen Spiele im Kindergarten müssen begangen werden.

Im Schweinestall war es ebenso geräumig. Ein stählernes, zerfließendes Licht war drinnen. Vertikale Linien durchzogen den breiten Mittelgang, grau angestrichene Pfähle standen wie Säulen da, ein eisernes Gitter verband sie. Auf einer Seite lagen Eber, auf der anderen Mutterschweine mit einer ganzen Herde von hurtigen, mit silbernen Borsten bedeckten Ferkelchen. Und wieder stieg mir das Blut so heftig zu Kopf, daß mich beinahe ein Schwindel erfaßte. Wjetrow ist selber ein Vieh, wenn er den Anblick der Schweine so schwerelos genießen kann. Die Kinder ersticken in den engen Löchern mit den winzigen Fensterchen. Weder bequeme Möbel noch Grün noch ordentliche Wäsche ist vorhanden. Die Badewannen sind aus Blech, dröhnen wie ein Donner, verbiegen sich, zerschneiden einem die Hände. Sie stehen in der Kinderkrippe an der Wand entlang und riechen nach Rost. Zwischen den Bettchen kann man kaum gehen; sie stehen dicht aneinander gedrängt, man ist gezwungen — will man durchgehen — sie auseinander zu schieben und stört damit die Kinder. Die Bettchen, eiserner, kleine Käfige, wurden in unserer Werkstatt fabriziert, sie knarren, klirren, beifern. Das darf nicht weiter geduldet werden. Hier in den Stallungen herrscht zärtliche Be-

sorgnis, hier sind Neuerungen, hier kommt er täglich her. Wie ein Arzt betrachtet er aufmerksam und streng jeden einzelnen Käfig, wo die von Fett entkräfteten, grunzenden Ungeheuer liegen. Sie stöhnen inbrünstig, und ihre Bäuche wackeln wie Gallert.

„Höre mal, Wjetrow, das ist eine Niedertracht von dir.“

„Was denn? Hm? ...“

„Das ist eine Gemeinheit, Wjetrow. D Schweine und die Kinder. So eine Lieder Kanzerl die Absicht hat, sich zu diesem dreckigen Viehzeug und so ein mit den Parteiführern erst über die abscheuliche Einstellung den Kindern gegen über Wir leben in einer Höhle, wir stecken ... und hier ist ein Palast ...“

„Ach, das meinst du? ...“ er lächelt herablassend, seine Brauen zuckten spöttisch als ließe ich wie ein kleines Kind meinen Launen freien Lauf vor ihm. „Ja, ja, ich stehe, Galjuscha ... du bist ein Prachtmädel, aber deine Nerven müdest du ein wenig in der Hand halten können, meine Liebe.“

„Mit Nerven ist der Sozialismus nicht aufzubauen.“

„Wieso spürt er nicht, daß ich leide dachte ich, daß ich nicht meinewegen leide, sondern wegen der vernachlässigten Kinder. Wie wagt er es, über meinen Kummer zu spotten?“

„Deine Worte über die Erziehung der neuen Menschen sind keinen Groschen wert Wjetrow. Du kannst nur über Schweine und Fohlen reden. Du willst das neue Leben auf diesen Tieren aufbauen, das kann aber jeder Kulek und Wucherer auch. Nicht einmal einen lumpigen Groschen für eine Isolierbaracke kann ich bei dir erbetteln, nicht ein einziges Mal bist du im Laufe dieses Monats zu unseren Kindern gekommen, hast die nicht dafür interessiert, wie wir leben, wir brauchen ... Aber diese Schweine hier vergötterst du mehr als deine eigenen Kinder.“

Er unterbrach mich nicht, sondern wartete geduldig, bis ich die Worte zu Ende gesprochen hatte und blickte mich störrisch, mit wenig angewidertem Mitleid an. Plötzlich nahm er mich freundschaftlich und weich am Arm und lächelte wieder sein rasches, braunes Lächeln.

„Galja Iwanowna, Galjuscha ... Was fasselst du da zusammen? Was ist los?“

Ich riß meinen Arm los, konnte aber nicht weiter reden: mein Zorn war wieder tief in mein Herz abgeebbt. Wjetrow wankte, zitterte, wurde häßlich vor meinen Augen. Als er mich aber wieder mit beständlicher Wärme

Parteführern verhandeln

„herdem werden in den nächsten Tagen Präsidenten der Länder statt als in den Sitzungen des Reichsrats in Berlin anwesend sein werden.“

Freitag stattfinden. Mit den Problemen der Verfassungsreform und der Kontingenzfrage hat sich das Kabinett heute nicht beschäftigen können. Diese Dinge bleiben späteren Beratungen vorbehalten.

Preußischer Landtag bleibt passiv

Berlin, 9. November.

Der Präsident des Preußischen Landtags hat den Preußischen Pressenrat zu folgender Erklärung ermahnt:

Die von verschiedenen Seiten der Öffentlichkeit gemachten Mitteilungen über die Vernehmung des Preußischen Landtags sind für selbstverständliche Deutungen geeignet. Zeit beabsichtigt der Präsident noch den Landtag zusammenzuberufen, es für selbstverständlich, daß der Landtag zunächst nach der Reichstagswahl eine Aussprache untereinander haben wird. Präsident Kertl ist daher nicht schlüssig über den Zeitpunkt zur Einberufung des Landtags und wird darüber in absehbarer Entschluß fassen.“

ter. Die Ferkelchen stürzten wieder laut grunzend zur Mutter und warfen sich auf ihren schwammigen, weichen Bauch. Sie bohrten sich alle mit den Rüsselchen in die Zitzen und begannen gierig, wie Säuglinge, laut zu schmatzen. Das Mutterschwein wackelte, wurde noch breiter und stöhnte leise schmachkend, mit liebevoller Zärtlichkeit auf.

Leben. Unverwundliche, unsterbliche, von heißer Liebe und von Hunger nach Fortpflanzung überflutete Mutterschaft. Eine warme Welle der Rührung zu diesem Häufchen neiver, komischer Geschöpfe überströmte mich. Wjetrow blickte mir mit fröhlichem, jungenhaftem Mutwillen in die Augen und sagte: „Nun, Galja? Galjuscha ... Wie Milch auf dem Feuer bist du aufgeschäumt. Dafür habe ich dich auch so lieb ... du verbrüht einen, rüttelst einen auf ... Im Hirn bleibt ein Schmerz, eine Unruhe ... Warum hast du mich so angefahren? Weiß ich denn nicht, daß ich nicht ... Du dummes Mädchen ...“

Aufrüttelung

Ich schämte mich ein wenig meines Aufbrausens. Ein immer dumpfer werdender Schmerz war in mir; es war halb Kränkung über Wjetrows rührende Liebe zu den Tieren, halb Reue und Teilnahme. Er ist unglücklich in seinem persönlichen Leben, er denkt niemals an sich, er gibt sich ganz der allgemeinen Sache hin. Aber irgendwo bohrte gleichzeitig mit diesem Schmerz auch ein anderer; hier, bei diesen Ferkelchen wurde er warm, sie rührten ihn. Warum ist er kalt und sachlich, wenn er zu den Kindern hineingeht. Fast mit Widerwillen, mit verschlossener Strenge, zieht er sich von ihnen zurück. Er ist groß zu ihnen und sachlich, nur die Dinge und wirtschaftlichen Fragen interessieren ihn. Hier aber lebt er auf, vergißt die Arbeit, ist erregt, und heißes Blut pulsiert in ihm. Ich hätte gleichzeitig sein Gesicht streicheln, meine Wangen an seine Hand pressen, gleichzeitig aber auch ihn beleidigen, ihm Schmerz zufügen, seine Heuchelei entlarven mögen, seine Kulturlosigkeit und weiß Gott was alles noch. (Fortsetzung folgt.)

Was
fasset
du da
zusammen?
Was ist
los?
Ich riß
meinen
Arm los,
konnte
aber nicht
weiter
reden:
mein Zorn
war wieder
tief in
mein Herz
abgeebbt.
Wjetrow
wankte,
zitterte,
wurde
häßlich
vor meinen
Augen.
Als er
mich aber
wieder
mit beständlicher
Wärme

Sozial
säch
der
Ford
das
verl
das
besor
kamp
zur
Pro
der
tete
Akt
zu lei
wir ei
kamp
Des
beson
schaft
Aufge
die n
Mensch
fehlte
Wohn
am ni
gegen
könn
seiner
schaft
gegen
Volksl
moder
einrich
daß di
der



Bekömmlichkeit ist gesundheitlich das Wertvollste

- Fache-Branntwein-Marken:**
- Feiner Breslauer vollwertig durch Verwendung von Roggenkorn 27% Ltr. Pl. 1.50
 - Feiner alter Breslauer der altberühmte Breslauer mit Getreidekorn 27% Ltr. Pl. 1.60
 - Fache Edelmarke vollständig durch Destillieren und Abzuehen 27% Ltr. Pl. 1.80
 - Fache Kren die führende Qualitätsmarke, reinigt, schmeckt durch Weizenkorn 27% Ltr. Pl. 2.00
 - Fache Exquisite pikant, mit durchdringendem Getreidegeschmack 27% Ltr. Pl. 2.40
- Fache-Getreidekorn-Marken:**
- Fache Weizenkorn der berühmte alt-Breslauer Korn, unmit. Stolz 27% Ltr. Pl. 2.30
 - Fache Roggenkorn des Elite-Qualität 27% Ltr. Pl. 2.30
 - Fache Getreidekorn unter Standardmarke, von den Ausstellungen 1911, 1913, 1914, 1917, 1920, 1923, 1925, 1928, 1930, 1931, 1932, 1933, 1934, 1935, 1936, 1937, 1938, 1939, 1940, 1941, 1942, 1943, 1944, 1945, 1946, 1947, 1948, 1949, 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969, 1970, 1971, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100 2.70
 - Jagdkorn (Doppelkorn), vollaromatisch, rötlich, ebenbürtigen führenden Marken, Kontinent, 47%, 0.8 Ltr. in Original-Steinkrügen 2.60

Die Bekömmlichkeit unserer Branntwein- und Getreidekornmarken steht einzig da.

Zum Prozeß Bullerjahn

Die Erfahrungsgrundsätze und der Angeklagte

K. G. Wenn es nach den Erfahrungsgrundsätzen des Reichsgerichts ginge, so dürfte es bestimmt nicht Berliner Boden betreten haben, um hier an Ort und Stelle den Prozeß Bullerjahn weiterzuführen. Denn nach den Erfahrungsgrundsätzen hat das Reichsgericht noch nie seinen Wirkungskreis Leipzig verlassen. Also eine Neuerung!

Der hohe Senat des Reichsgerichts wird dieser Tatsache kaum irgendwelche Bedeutung beimessen, weil es diesen Akt als einfach notwendig empfindet. Aber die Theorie von den Erfahrungsgrundsätzen scheint nicht mehr zu stimmen.

In der ersten Phase des Prozesses Bullerjahn wurden jene Spaziergänger Bullerjahns in die Nähe des Horstweges, wo der französische Leutnant Jost wohnte, als belastende Indizien zur Sprache gebracht. Bullerjahn, der vollkommen einleuchtend die Umklammerung schilderte, in der er sich befand, hat die Sinnlosigkeit, die er begehen wollte, um den Leutnant Jost aufzusuchen, ihn zu stellen, ihn zu einer Erklärung zu zwingen, daß er nichts mit dem Verrat zu tun habe, auch seinem ersten Verteidiger gegenüber verschwiegen.

Die Angst hatte ihn gepackt!

Da wurde ihm doch die Aussage jener unbekannteren Vertrauensperson vorgehalten, und wenn er jetzt sagen würde: Ja, ich war im Horstweg, dann glaubte er, verloren zu sein.

Der Präsident des Reichsgerichts wußte auf diesen Aufschrei einer gequälten Kreatur nichts anderes zu sagen, als „Ja, aber nach den Erfahrungsgrundsätzen hätten Sie doch besser gehen, ihrem Verteidiger die reine Wahrheit zu sagen.“ Bullerjahn antwortete schlagfertig: „Ja, Herr Präsident, es ist vollkommen richtig; das sehe ich heute ein.“

Aber damals fühlte ich die Schlinge um meinen Hals

und wehrte mich dagegen, daß sie zugezogen wird.“

Der Herr Präsident möge verzeihen, aber die Sache mit den Erfahrungsgrundsätzen ist doch nur eine juristische Phrase. — Jeder Beruf hat diese Erfahrungsgrundsätze.

Morgen Donnerstag.

Mitgliederversammlung

der SAP Ortsgruppe Breslau, 20 Uhr im Bergkeller. Erscheint in Massen. Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.

der Maschinenbauer für seine Maschinen, der Kaufmann für seine Geschäfte und der Jurist für seine Tätigkeit. Er, der Jurist, weiß Bescheid, was innerhalb seines Arbeitsbereiches gut und richtig wäre. Aber würde er es auch wissen, wenn man ihn hätte, an eine Setzmaschine zu treten, um auch nur zu beurteilen, ob der Setzer das Richtige tut? Er könnte es nicht, weil er keine Ahnung hat. Aber so ein Angeklagter, von dem wird Uebermenschliches gefordert. Er soll sich in jeder Phase seines Verfahrens so benommen haben, wie es die Erfahrungsgrundsätze des jeweiligen Gerichtes erfordern!

Die Herren des Reichsgerichtes schütteln über die oder jene Handlung Bullerjahns den Kopf, und es ist ihnen das und jenes verdächtig. Aber gerade das Verdächtige ist für Bullerjahn nach der menschlichen Logik durchaus entlastend. Beachten wir:

Am 25. Dezember 1924 befand sich Bullerjahn in der Nähe des Horstweges am Kaiserdamm. Er kommt an jenem ersten Weihnachtstagsfesttag aus dem Untergrundbahnhof heraus, steht wenige Schritte vom Polizeipräsidium entfernt, sieht seine Bekannten Langner, pfeift ihnen zu, spricht mit ihnen und geht mit ihnen zu gemeinsamen Bekannten. Seine Absicht, wegen einer neuen Stellung seinen früheren Kollegen Klaus Herms aufzusuchen, hat er inzwischen aufgegeben.

Wenn die frühere Anklage nun Bullerjahn vorwirft, daß er sich hierdurch verdächtig gemacht habe, muß man den Herren des Reichsgerichtes „vorhalten“, daß Bullerjahn am 25. Dezember 1924 nicht ahnen konnte, daß das Reichsgericht alle seine damaligen Schritte, Wege, Handlungen unter seine scharfsichtige Lupe nehmen würde. Gerade die von Bullerjahn gegebene Schilderung scheint darauf hinzuweisen, daß er Recht hat, wenn er sagt: vielleicht habe ich

morgen genau so handeln, wenn ich in der gleichen Lage bin wie vor acht Jahren.

Hätte Bullerjahn damals geahnt, was ihm alles bevorstand, wahrscheinlich hätte er sich alle seine Wege polizeilich beglaubigen lassen.

Und was den 7. Januar 1925 anbetrifft, so darf doch nicht übersehen werden, daß Bullerjahn den Besuch bei Jost machen wollte,

einen Tag, nachdem er im Werk gehört hatte, daß man ihn des Landesverrats bezichtigte.

Er handelte sinnlos, so wie ein Verbrecher nie handeln würde. Aber das Faktum muß ganz scharf herausgearbeitet werden:

Erstens: Bullerjahn war am 7. Januar 1925 nicht bei Jost. Zweitens: er war auch nie früher bei Jost. Abgesehen von den Bekundungen des Leutnants Jost hierüber hat auch das Reichsgericht selbst neuerdings ermittelt, daß Bullerjahn nicht bei Jost in der Wohnung war. Das hat die Wirtin von Jost ausgesagt und vor allem die frühere Freundin von Jost, die bekundet hat, daß sie es hätte wissen müssen, wenn Bullerjahn mit Jost in Beziehungen gestanden hätte.

Das Bemühen des Reichsgerichtes, für die erste Verurteilung eine Rechtfertigung zu finden, ist verständlich. Herr Senatspräsident Büniger betonte ja einleitend selbst, daß es hier nur um Schuld oder Unschuld des Angeklagten ginge. Von jeder politischen Beeinflussung des Verfahrens müsse man sich frei halten. Darum, so möchten wir folgern, darf nichts geschehen, was auch nur den Anschein hat, als bemühe sich das Reichsgericht, eine Entschuldigung für das erste Fehlurteil zu finden.

Im Hintergrund: Herr von Gontard

Berlin, 8. November.

CNB. Der zweite Berliner Verhandlungstag des Bullerjahn-Prozesses brachte zunächst den Lokaltermin in den Berlin-Karlsruher Industriewerken in Wittenau. Der Lokaltermin, der unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, nahm nicht nur den ganzen Vormittag, sondern auch die frühen Nachmittagsstunden in Anspruch, so daß Senatspräsident Dr. Büniger die Verhandlungen im Sitzungssaal des Oberpräsidiums erst nach 5 Uhr eröffnen konnte.

Als Erster wurde der Zeuge Schlaf vernommen, der die ersten Ermittlungen der Spionageabteilung des Polizeipräsidiums gegen Bullerjahn geleitet hatte. Der Zeuge erklärte auf eine Frage des Vorsitzenden, er selbst habe nicht den Generaldirektor von Gontard als Vertrauensperson angegeben. Er habe mit von Gontard auch nie etwas zu tun gehabt. Die Direktoren Gebauer und Hellwig hätten angegeben, eine Persönlichkeit in den Werken besäße Material für die Schuld des Bullerjahns.

Diese Persönlichkeit wünsche aber nicht genannt zu werden.

Daraufhin habe er im Auftrage des Kriminalkommissars Göbener den Herren gesagt, sie sollten diese Persönlichkeit dem Polizeipräsidium mitteilen, der Name würde im Verfahren nicht genannt werden. Direktor Hellwig habe ohne seine Vermittlung dem Kriminalkommissar Göbener direkt den Generaldirektor von Gontard als Vertrauensperson genannt.

Der Zeuge Pagenstecher, Leiter des Sicherheitsdienstes in den Berlin-Karlsruher Industriewerken, bekundete als Zeuge, das Sekretariat des Herrn v. Gontard sei laufend über den Gang der Untersuchungen informiert worden. Auf Aufforderung des Vorsitzenden schilderte der Zeuge noch einmal ganz ausführlich das nach seiner Meinung verdächtige Verhalten Bullerjahns am Tage der Revision durch die Interalliierte Kontrollkommission. Auf Aussage des Zeugen, daß Bullerjahn sich gestäub habe, das Lager zu betreten, in dem die Kommission am Werke war, fragte der Vorsitzende Bullerjahn, warum er sich gegen das Betreten des Lagers so energisch gestäub habe.

Bullerjahn erklärt, wenn er tatsächlich das Lager verraten hätte, dann würde die Kommission weit mehr gefunden haben.

Der Vorsitzende erklärte für wichtig, daß Bullerjahn nähere Angaben über diese Dinge macht. Für die Brörterung dieser Dinge wird auf Antrag des Reichsanwalts die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen.

Der Berliner SJV für Klarheit im Kampf

Die am 2. November 1932 tagende Konferenz der Funktionäre des SJV Berlin, auf der die Organisation durch 70 Funktionäre vertreten war, nahm nach ausführlichen Referaten, die zur kommandierten Arbeit des Jugendverbandes Stellung nahmen, folgende politische Resolution einstimmig an:

„Die Funktionärskonferenz der Berliner Jugendfunktionäre wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen jede Form liquidatorischer Tendenzen. Die Aufgabe des SJV ist nach wie vor die Schaffung der revolutionären Jugendorganisation. Das ist nur möglich bei schärfster Selbständigkeit gegenüber allen anderen Jugendorganisationen.“

Die Konferenz nimmt Kenntnis vom liquidatorischen Standpunkt des Gen. Karl Frank und seiner Versuche, durch fraktionelle Tätigkeit im SJV und in der SAP die Kapitulation vor dem Reformismus vorzubereiten. Wenn auch dieser Versuch, für seinen Standpunkt Jugendgenossen zu werben, kläglich gescheitert ist, so steht doch die Konferenz auf dem Standpunkt, daß keine revolutionäre, nach kommunistischen Grundsätzen geleitete Organisation in ihren Reihen Elemente dulden darf, die in irgendeiner Form vor dem Reformismus und seinen Organisationen kapitulieren. Aus diesem Grunde verlangen die Funktionäre kategorisch vom Parteivorstand den sofortigen Ausschluß des Gen. Karl Frank.

Für unsere Prinzipienklärung! Gegen jede Form von Kapitulation vor der SPD und der Eisernen Front!“

Die Berliner Organisation hat dadurch bewiesen, daß sie einheitlich auf dem Boden der Befehle der Partei und des Jugendverbandes steht und gegen Tendenzen der Liquidation unserer Organisation ganz entschieden Stellung nimmt.

Sturmschäden überall Portugiesisches Fischerboot gesunken

Lissabon, 8. November.

Ein Fischerboot wurde am Kap Mondego von einem anderen Boot so heftig gerammt, daß es sofort sank. Von der 25 Mann starken Besatzung sind 10 ertrunken.

Ein Riesenzirkuszelt zerstört

Udine, 8. November.

Wie die Direktion des Zirkus Gleich meldet, ist ihr Riesenzirkuszelt in Triest durch eine besonders heftige Bora in der heutigen Nacht zerstört worden. Die Bora, die eine Stärke von 10 bis 15 Sekundenmetern hatte, richtete großen Schaden an den Zirkusbauten an. Menschenleben sind jedoch nicht zu beklagen.

... Im Karibischen Meer

Wie aus Panama gemeldet wird, wütet der schwere Sturm im Karibischen Meer mit unverminderter Stärke weiter. Der englische Dampfer „Phenius“ ist verschollen. Der amerikanische Dampfer „San Simeon“ sandte erneut SOS-Rufe aus. Zwei andere amerikanische Dampfer stehen ihm bei. Der amerikanische Armeetransportdampfer „Studdington“ sowie der Dampfer „Hobro Jensen“ meldeten schwere Havarie. Da von zahlreichen anderen Dampfern jegliche Nachrichten fehlen, ist man wegen der außerordentlichen Stärke des Sturmes in großer Besorgnis.

Die Felerlichkeiten in Moskau

Moskau, 8. November.

Die Werktätigen Moskaus feiern den 15. Jahrestag ihres Sieges. Anderthalb Millionen marschierten zum Jahrestag des größten Sieges der Proletarats aller Welt auf dem Roten Platz auf. An ihrer Spitze, von einem Beifallsturm auf der überfüllten Zuschauertribüne begrüßt, die alten Rotgardisten, die ersten Kämpfer der Oktober-Revolution.

Die Straßen Moskaus bieten einen festlichen Anblick. Überall Plakate, Transparente, Zehntausende von roten Fahnen. In allen Straßen und auf allen Plätzen drängt sich die Menge, der Rote Platz selbst ist ein rotes und schwarzes Meer von Fahnen und Menschen.

Der Vorbeimarsch begann um 10 Uhr morgens und dauerte bis spät in den Abend hinein.



Bezirk Mittelschlesien: Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 68.

Achtung: Veranstaltungsgruppe der PKG. Freitag, 20 Uhr, bei Czichos, Kloster-Ecke Königsplatzstraße.

Achtung: Parteimitglieder und Abteilungsleiter der SAH.

Sämtliche 5 Pfg.-Karten und alle Sammelkarten der Sozialistischen Arbeiterhilfe sind bald im Büro, Dienstag und Freitag, von 19-20 Uhr, bei der Genossin Sacher abzurechnen. Die Abteilungsleiter der SAH werden ersucht, die Karten und Listen einzusuchen.

Sekretariat: Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden: Dienstag Mittwoch u. Freitag von 10-12 Uhr u. Donnerstag von 10-20 Uhr.

Freidenkerjugend Breslau, Gruppe Süd-Ost. Heute, punkt 20 Uhr, halten wir im Heim Tautenkampstraße 84, einen Gruppenabend mit folgenden Kurzreferaten ab: 1. Die Arbeiterklasse nach der Wahl. 2. Die russische Revolution von 1917. 3. Die deutsche Revolution von 1918. Außerdem Diskussion und Umrahmungen. Instrumente mitbringen.

Monatliche Jugend. Heut, 19.30 Uhr, Sprechbewegungschorprobe, Grünstraße 14/16. Donnerstag, im selben Heim, Beginn einer Arbeitsgemeinschaft über zwei Abende. Leiter Dr. Görlich. Thema: Kartelle und Trusts. Alle interessierten Genossen erscheinen.

Gewerkschaftsnachrichten

Deutscher Metallarbeiterverband.

Arbeitslose Metallarbeiter. Donnerstag, 10. November, vorm. 10 Uhr, Gewerkschaftshaus, großer Saal, Versammlung. Tagesordnung: 1. Arbeitslosen-Unterstützung und Tariflöhne (Ref.: Kohl, Ziegler). 2. Tonfilm der G-Wo Lichtspiele. Zutritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches. Ehefrauen der Mitglieder haben Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Geschäftliches

„Die Freude flieht auf allen Wegen; der Aegerer kommt uns gern entgegen“ sagt Wilh. Busch. Deshalb muß man die Freude festhalten und dem Aegerer aus dem Wege gehen. Guter Kaffee bereitet Freude. Die Coffeinwirkung hinterher aber ist für manchen doch recht ärgerlich. Darum coffeinfreien Kaffee Hag trinken! Er ist völlig unschädlich und dazu höchster Genuß.

STADTTHEATER

Mittwoch, 20-22,30 Uhr. Abonn.-Vorst. F 4.

Der Troubadour

Concertabend, 19.30 gegen 23 Uhr.

Der Teufelsreiter

Freitag, 19- gegen 23 Uhr.

Uraufführung.

Liebesstrategie

LOBETHEATER

Täglich 20.15-22.10 Uhr.

Komödie der Irrungen

BERNHARDT HAUPTMANN THEATER

Täglich 20.15-22.15 Uhr.

Donnerstag, 17. April

Sonabend, 20.15 Uhr.

Neuzuständert:

Die Ratten

Berliner Tragikomödie von Gerhart Hauptmann.



Stets frisch zu haben bei Kurt Reichert

Kolonialwaren

Steinauer Straße 20

Ecke Leuthenstraße



Wintermäntel, Joppen

Reppmäntel, Anzüge

Lederbekleidung

Arbeitsbekleidung

am besten und billigsten bei

am Besten und Billigsten bei

Oskar Dehmel

Neumarkt

Neumarkt

Neumarkt

Neumarkt

Neumarkt

Neumarkt

Berlin

Rose-Theater

Große Frankfurter Str. 132

Telefon: 27 Wolken 3423

Donnerstag, 10. Novemb.

8.15 Uhr

Der Zigeunerbaron

Genossen

Beachtet

unsere

Inserate!

Verantwortlich: Paul Hanneck, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau, Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau, Lohndstraße 7, Schatzky AG, Breslau, Neue Graupenstraße 7. Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 1 | Treppe. Telefon 208 02. Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

Gustav Adolfs historische Stellung

Von Franz Mehring

(Fortsetzung und Schluß von dem gleichnamigen Artikel aus Nr. 255 der „SAZ“.)

Die Vorstellung, als ob Gustav Adolf an der Spitze eines Heeres von gottbegeisterten schwedischen Bauern in die kaiserlichen Söldnerscharen gestürzt sei, erträgt keine ernsthafte Kritik. Als er nach Deutschland aufbrach, bestand sein Heer zu Hälfte aus Söldnern, die in aller Herren Länder geworben worden waren; auf deutschem Boden wurde es nach Gustav Adolfs Programm aus Deutschland rekrutiert, aus gewaltsam gepreferten oder ausgehungerten Bauern und Handwerkern oder auch aus jenem internationalen Söldnertum, das heute unter dieser Fahne dient und morgen unter jener, und das seit dem Beginn des Dreißigjährigen Krieges schon zu einer furchtbaren Landplage angeschwollen war. Gefangene wurden sofort als Soldaten eingestellt. Es mag wohl stimmen, daß schließlich kaum der zehnte Mann in den schwedischen Heeren ein Schwede war. Natürlich ist auch die berühmte Manneszucht Gustav Adolfs im wesentlichen und namentlich nach der moralischen Seite hin eine Fabel. Daß er bei seinen Eroberungszügen den ungeheuren Troß der damaligen Heere möglichst zu beschränken suchte und deshalb namentlich keine Weiber im Heere dulden wollte, daß er bei seinen Einbrüchen in fremde Länder von feierlichen Versicherungen überquoll, seine Soldateska werde friedlichen Einwohnern kein Haar krümmen, das verstand sich am Rande, und man muß die Bescheidenheit der Leute anerkennen, die in diesen allgewöhnlichsten Erobererpraktiken einen Ausfluß protestantischer Gotteskindschaft bewundern. Aber alles das hatte eine sehr enge Grenze einmal an den Verhältnissen und dann auch an dem Willen des Königs.

Solange er mit Brandenburg und Sachsen nicht einig war, hatte er das dringende Interesse, die strengste Disziplin in seinem Heere aufrechtzuerhalten, und mit den Befehlen, die er deshalb erließ war es ihm gewiß voller Ernst. Allein damals schon schrieb er in einem vertraulichen Briefe an Oxenstierna, seine Armee sei in der traurigsten Verfassung, er habe keine Mittel, Fußvolk und Reiterei zu befriedigen, er müsse alle Exzesse mit großem Verdrusse hingehen lassen und sei doch täglich in Gefahr vor Meuterei. Nach der Schlacht bei Breitenfeld hat er aber auch nicht mehr den Willen gehabt, seine Soldaten zu irgendwelcher Manneszucht anzuhalten; wir hörten schon, mit welchem geflügelten Worte er die Klagen seines sächsischen Bundesgenossen über die schwedischen Plünderungen in sächsischen Gebieten zurückwies. Als ihn dann Wallenstein bei Nürnberg in eine enge Klemme brachte, wurde er freilich wieder höllisch gottselig. Eine Deputation der Stadt Nürnberg, deren Beistand er dringend brauchte, ermächtigte er, jeden plündernden Gemeinen sofort zu erhängen; er versicherte sie, wie nahe es ihm gehe, daß es bei allen diesen Plünderungen in Freundsland immer heißt, der Schwed tue dies, der Schwed tue das. Beiläufig ein unwillkürliches Eingeständnis, daß „der Schwed“ damals schon den sprichwörtlichen Ruf des Mordbrenners genoß. Seinen deutschen Offizieren aber sagte Gustav Adolf: „Mir ist so wehe bei euch, daß ich in meinem Königreich lieber die Säue hüten will, als mit einer so verkehrten Nation umzugehen gedenke.“ Als protestan-

tischer Glaubensheld mußte Gustav Adolf schon einen tüchtigen Schuß protestantischer Heuchelei besitzen. Man muß ihm auf die Fäuste sehen, nicht aufs Maul, sagte Wallenstein.

Als Staatsmann, soweit er als solcher überhaupt individuelle Fähigkeiten beweisen konnte, besteht Gustav Adolf ebenso mittelmäßig wie als Feldherr. Der langwierige Streit über seine letzten politischen Ziele ist deshalb ganz gegenstandslos, weil er solche Ziele überhaupt nicht hatte. Der Entschluß der schwedischen Militärmonarchie, im nördlichen Deutschland keine starke Macht aufkommen zu lassen, hatte von ihrem Standpunkt aus Hand und Fuß: wie er aber aus- und durchzuführen sei, davon hat sich Gustav Adolf nie ein klares Bild gemacht. Ueber die Gründe und die Grenzen seiner Erfolge hat er nie ernsthaft nachgedacht. Er lebte politisch von der Hand in den Mund, wieder sehr im Unterschied von Richelieu und Wallenstein, die ein großes klares Ziel im Auge hatten, auf dessen Erreichung sie ihre politischen Aktionen zuschnitten. Es ist verlorene Mühe, überhaupt zu bestreiten, daß Gustav Adolf auf die deutsche Kaiserkrone spekuliert habe; einer seiner offiziellen Unterhändler hat es in einer offiziellen Unterhandlung ausdrücklich erklärt. Aber freilich hat er auch diese imaginäre Idee nicht mit irgendwelcher Konsequenz verfolgt. Nach Oxenstiernas Behauptung hat er ein großes skandinavisches Reich gründen wollen, das Schweden, Norwegen, Dänemark und die Ostseeländer umfassen sollte, was kaum weniger Zukunftsmusik war als die deutsche Kaiserkrone. Gustav Adolf selbst hat sich am deutlichsten dahin ausgesprochen, daß er Pommern und Mecklenburg kubern wolle, aber als deutscher Reichsfürst und Direktor eines Corpus Evangelicorum, also der protestantischen Fürsten und Stände, was die dauernde Zerreißung Deutschlands bedeutete hätte. Zum Lohn für diesen sauberen Plan haben ihm deutsche Geschichtsschreiber denn auch über

den Schellendaus gepriesen, weil er ein einiges starkes Deutschland habe schaffen wollen.

In einem Punkte nur ist Gustav Adolfs historische Stellung großartig und ganz unvergleichlich. Er hat fertig gebracht, was keinem Eroberer vor und nach ihm geglikt ist, von wievielen Eroberern immer die Geschichte zu erzählen weiß. Ein großes Volk, dessen Todfeind er war und dessen Knochen er blutig geschunden hat, feiert ihn als seinen Helden. Um dies Wunder zu bewirken, mußte freilich auch erst ein „Volk der Dichter und Denker“ auf der geschichtlichen Bühne erscheinen.

Aber die deutsche Bourgeoisie beweist mit ihrem Gustav-Adolf-Kultus von neuem die altbekannte Tatsache, daß sie die bornierteste Bourgeoisie des Jahrhunderts ist. Die bornierteste und deshalb in ihrer Art auch wieder die perfideste. Dieselben Blätter, die am inbrünstigsten die Gustav-Adolf-Hymnen singen, lärmten am lautesten nach neuen Ausnahmegesetzen gegen die arbeitenden Klassen. Sie haben ihrem Heros glücklich abgesehen, wie er sich räusperte und spukete: es gilt, die Rettung der angeblich heiligsten Interessen zum Deckmantel nehmen, um die Massen bis auf das nackte Leben zu plündern. Auf diesen Gustav-Adolf-Kultus trifft auch zu, was Wallenstein von Gustav Adolf sagte: Man muß ihm auf die Fäuste sehen, nicht aufs Maul.

Indem sie einen der gewaltsamsten Umsturzmannen feiern, von denen die Geschichte zu erzählen weiß, schreiben sie zum „Kampf gegen den Umsturz“; indem sie einen ausländischen Plünderer Deutschlands verherrlichen, entfalten sie das „nationale“ Banner gegen das gesetzmäßige Ringen der deutschen Arbeiterklasse um ein menschenwürdiges Dasein. Brauchen wir danach noch ausführlich darzulegen, welches Interesse das deutsche Proletariat an der bevorstehenden Gustav-Adolf-Feier hat?

Kinderprostitution

Hohe Zuchthausstrafen

Berlin, 8. November.

Eines der trübsten Kapitel sozialer Verelendung beschäftigt heute eine große Strafkammer des Landgerichts I in Berlin.

Der 63 Jahre alte Artist Haffke, der 54-jährige Techniker Dunkel, der 46-jährige Arbeiter Kistenmacher, die Brauerarbeiter Fend und Brinkmann, sowie der 58-jährige Schneider Rothe sind angeklagt, sich fortgesetzt an kleinen Mädchen von 10 bis 13 Jahren vergangen zu haben. Die sechs Angeklagten sind schon einschlägig vorbestraft, Haffke nicht weniger als 25mal.

Im Jahre 1928 war er zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Sofort nach seiner Straftatlassung nahm er sein Treiben wieder auf.

Die sechs Angeklagten machten sich im Humboldthain auf den Spielplätzen an Mädchen im Alter von 10 bis 13 Jahren heran und

verlockten sie durch Geldgeschenke von 50 Pfennig bis 3 Mark dazu, ihnen zu folgen und ihnen willfährig zu sein. Als Zutreiberin bedienten sie sich einer Frau namens Hertha Wecht, die flüchtig ist. Die Vergehen fanden teils in den Wohnungen der Angeklagten Haffke und Dunkel statt oder die sechs vergingen sich an den Kindern in Hausfluren und Toren.

Der Fall hat seine besondere Note dadurch, daß die Angeklagten behaupten, daß Kinder, mit denen sie zu tun hatten, sich schon vorher mit Männern abgegeben hätten und

durch Armut und Not dazu getrieben worden wären, Männerbekanntschäften zu schließen.

Das Gericht fällt folgendes Urteil: Der 63-jährige Artist Haffke wurde zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, der 54-jährige Techniker Dunkel zu zwei Jahren

Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust, der 48-jährige Arbeiter Kistenmacher zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust und der 58-jährige Schneider Rothe zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Das Verfahren gegen die Angeklagten Brinkmann und Fend war vorher abgetrennt worden.

Ein Urteil, das in seiner Unsinnigkeit die Maschinerie der Justiz bloßlegt. Nicht die Verurteilten sind schuldig, sondern die Gesellschaftsordnung, die sie schuldig werden ließ.

Das Urteil gegen die Negerknaben von Scottsboro aufgehoben

Washington, 7. November. Das Oberste Bundesgericht hat die Todesurteile gegen die sieben Neger von Scottsboro, die sich an weißen Mädchen vergangen haben sollen, aufgehoben.

Vor dem Kapitol, in dem das Bundesgericht tagte, befand sich ein starkes Polizeiaufgebot, das die Zugangsstraßen absperzte und eine Gruppe von Kommunisten an Demonstrationen hinderte.

Ein Erfolg des Proteststurmes der proletarischen Massen der gesamten Welt.

Ein Teil des verurteilten deutschen Postflugzeuges aufgefischt

Ein belgisches Lootsenboot hat in der Nähe des Feuerschiffes Maas ein Rad vom Flugzeugteil eines Flugzeuges aufgefischt, das vermutlich von dem vor etwa einer Woche über der Nordsee verunglückten und spurlos verschwundenen deutschen Postflugzeug stammt. Der um das Rad befindliche Teil trägt die Kennzeichnung „Elektron“ Metall G.m.b.H. Konstanz-Stuttgart. Typ 965/150.



15 Jahre Sowjetunion

Eine gute Uebersicht über die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Sowjetunion gibt die soeben erschienene Jubiläumssondernummer der „Moskauer Rundschau“. In 20 Seiten zeigt sie das Wachstum der Wirtschaft, die kulturellen Errungenschaften auf. Im Mittelpunkt der Nummer stehen die in struktivierten zweifarbigen Bildstatistiken, die der „Moskauer Rundschau“ vom Bildstatistischen Institut übergeben wurden.

Eine Bildstatistik zeigt das Wachstum der führenden Wirtschaftszweige, eine zweite, die über 2 Seiten geht, die Aufwärtsentwicklung der Schulen, der hygienischen Einrichtungen, des Zeitungswesens, Radio- und Wohnungsbaus. Eine auf zwei Seiten veröffentlichte Karte der neuen Industrieanlagen des ersten 5-Jahresplanes ist der beste Beweis der Erfüllung dieses gigantischen Werkes. Die Karte, aus der der Standort der Industriezweige zu ersehen ist und die Bildstatistiken sind für jeden, der sich aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen für die Sowjetunion interessiert, unentbehrlich.

Trotz des großen Umfangs, der ausgezeichneten Beiträge, von denen nur ein kleiner Teil oben aufgezählt wurde, kostet die Nummer wie immer nur 20 Pfg.



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Ein scharfer Moschusgeruch stieg mir in die Nase. Er stieß mich zurück, und ich erinnerte mich ganz plötzlich, daß ich zu meinen Kindern zurückgehen müsse. Wahrscheinlich wurde ich dort schon erwartet. Die täglichen Spiele im Kindergarten müssen begonnen werden.

Im Schweinestall war es ebenso geräumig. Ein stählernes, zerfließendes Licht war drinnen. Vertikale Linien durchzogen den breiten Mittelgang, grau angestrichene Pfähle standen wie Säulen da, ein eisernes Gitter verband sie. Auf einer Seite lagen Eber, auf der anderen Mutterschweine mit einer ganzen Herde von hurtigen, mit silbernen Borsten bedeckten Ferkelchen. Und wieder stieg mir das Blut so heftig zu Kopf, daß mich beinahe ein Schwindel erfaßte. Wjetrow ist selber ein Vieh, wenn er den Anblick der Schweine so schwergerisch genießen kann. Die Kinder ersticken in den engen Löchern mit den winzigen Fensterchen. Weder bequeme Möbel noch Grün noch ordentliche Wäsche ist vorhanden. Die Badewannen sind aus Blech, dröhnen wie ein Donner, verbiegen sich, zerschneiden einem die Hände. Sie stehen in der Kinderkrippe an der Wand entlang und riechen nach Rost. Zwischen den Bettchen kann man kaum gehen; sie stehen dicht aneinander gedrängt, man ist gezwungen — will man durchgehen — sie auseinander zu schieben und stört damit die Kinder. Die Bettchen, eiserne, kleine Käfige, wurden in unserer Werkstatt fabriziert, sie knarren, klirren, beissen. Das darf nicht weiter geduldet werden. Hier in den Stallungen herrscht zärtliche Be-

sorgnis, hier sind Neuerungen, hier kommt er täglich her. Wie ein Arzt betrachtet er aufmerksam und streng jeden einzelnen Käfig, wo die von Fett entkräfteten, grunzenden Ungeheuer liegen. Sie stöhnen inbrünstig, und ihre Bäuche wackeln wie Gullert.

„Höre mal, Wjetrow, das ist eine Niedertracht von dir.“

„Was denn? Hm?“

„Das ist eine Gemeinheit, Wjetrow. D Schweine und die Kinder. So eine Liel zu diesem dreckigen Viehzeug und so ein abscheuliche Einstellung den Kindern gegen über! Wir leben in einer Höhle, wir e sticken... und hier ist ein Palast.“

„Ach, das meinst du?“ er lächelte herablassend, seine Brauen zuckten spöttisch als ließe ich wie ein kleines Kind meine Launen freien Lauf vor ihm. „Ja, ja, ich verstehe, Galjuscha... du bist ein Prochtmädd... aber deine Nerven müdest du ein wenig in der Hand halten können, meine Liebe. J nun! Mit Nerven ist der Sozialismus nicht aufzubauen.“

Wieso spürt er nicht, daß ich leide dachte ich, „daß ich nicht meinnetwegen leide sondern wegen der vernachlässigten Kinder. Wie wagt er es, über meinen Kummer zu spotten?“

„Deine Worte über die Erziehung der neuen Menschen sind keinen Groschen wert Wjetrow. Du kannst nur über Schweine und Fohlen reden. Du willst das neue Leben an diesen Tieren aufbauen, das kann aber jeder Kulak und Wucherer auch. Nicht einmal einen lumpigen Groschen für eine Isolierbaracke kann ich bei dir erbetteln, nicht ein einziges Mel bist du im Laufe dieses Monats zu unseren Kindern gekommen, hast die nicht dafür interessiert, wie wir leben, wo wir brauchen... Aber diese Schweine hier vergötterst du mehr als deine eigenen Kinder.“

Er unterbrach mich nicht, sondern wartet geduldig, bis ich die Worte zu Ende gesprochen hatte und blickte mich störrisch, mit ein wenig angewidertem Mitleid an. Plötzlich nahm er mich freundschaftlich und weich an Arm und lächelte wieder sein rasches, brausendes Lächeln.

„Galja Iwanowna, Galjuscha... Was fasselt du da zusammen? Was ist los?“

Ich riß meinen Arm los, konnte aber nicht weiter reden: mein Zorn war wieder tief in mein Herz abgebebt Wjetrow wankte, zitterte, wurde häßlich vor meinen Augen. Als er mich aber wieder mit herablässiger Würde

ter. Die Ferkelchen stürzten wieder laut grunzend zur Mutter und warfen sich auf ihren schwammigen, weichen Bauch. Sie bohrten sich alle mit den Rüsselchen in die Zitzen und begannen gierig, wie Säuglinge, laut zu schmatzen. Das Mutterschwein wackelte, wurde noch breiter und stöhnte leise schmachmend, mit liebevoller Zärtlichkeit auf.

Leben. Unverwüsthche, unsterbliche, von heißer Liebe und von Hunger noch Fortpflanzung überflutete Mutterschaft. Eine warme Welle der Führung zu diesem Häufchen naiver, komischer Geschöpfe überströmte mich. Wjetrow blickte mir mit fröhlichem, jungenhaftem Mutwillen in die Augen und sagte: „Nun, Galja? Galjuscha... Wie Milch auf dem Feuer bist du aufgeschäumt. Dafür habe ich dich auch so lieb... du verbrühst einen Rüttelst einen auf... Im Hirn bleibt ein Schmerz, eine Unruhe... Warum hast du mich so angefahren? Weiß ich denn nicht, fühl ich denn nicht... Du dummes Mädchen...“

Aufrüttelung

Ich schämte mich ein wenig meines Aufbrausens. Ein immer dumpfer werdender Schmerz war in mir: es war halb Kränkung über Wjetrows rührende Liebe zu den Tieren, halb Reue und Teilnahme. Er ist unglücklich in seinem persönlichen Leben, er denkt niemals an sich, er gibt sich ganz der allgemeinen Sache hin. Aber irgendwo bohrte gleichzeitig mit diesem Schmerz auch ein anderer: hier, bei diesen Ferkelchen wurde er warm, sie rührten ihn. Warum ist er kalt und sachlich, wenn er zu den Kindern hineingeht. Fast mit Widerwillen, mit verschlossener Strenge, zieht er sich von ihnen zurück. Er ist groß zu ihnen und sachlich, nur die Dinge und wirtschaftlichen Fragen interessieren ihn. Hier aber lebt er auf, vergißt die Arbeit, ist erregt, und heißes Blut pulsiert in ihm. Ich hätte gleichzeitig sein Gesicht streicheln, meine Wange an seine Hand pressen, gleichzeitig aber auch ihn beleidigen, ihm Schmerz zufügen, seine Heuchelei entlarven mögen, seine Kulturlosigkeit und weiß Gott was alles noch. (Fortsetzung folgt.)

Ein Gruß aus Polen

Genosse Joseph Kruk (Warschau) schreibt uns in einem längeren Brief, in dem die Verbundenheit der radikalen polnischen Genossen mit der SAP zum Ausdruck kommt, zum Schluß:

Ich hoffe, daß die Wahlergebnisse Euch nicht enttäuschen werden. Wir alle müssen noch eine gewisse Zeit „gegen den Strom“ schwimmen.

Mit sozialistischem Gruß

Joseph Kruk.

Die gleichgesinnten Genossen in Polen, Belgien, Holland, Frankreich, Norwegen, Oesterreich der Schweiz usw. dürfen sicher sein, daß wir den Kampf der SAP für die proletarische Einheitsfront, für den Sieg der proletarischen Revolution mit verstärkter Kraft fortsetzen werden!

Arbeitslosenversammlung in Hamborn

für außerparlamentarische Aktion

Hamborn. Am 1. November fand nach längerer Ruhepause eine Mitgliederversammlung der Erwerbslosen, einberufen vom Ortsausschuß des ADGB, statt. Der Referent, Kollege Sattler vom Erwerbslosenausschuß Duisburg, behandelte zunächst die Aufgaben des Erwerbslosenausschusses und kam dann auf die Notlage der Erwerbslosen. Der Erwerbslosenausschuß Duisburg-Hamborn hat, um die Notlage der Erwerbslosen in etwas zu lindern, folgende berechnete Forderungen aufgestellt: 1. Unentgeltliche Lieferung von 20 Zentnern Kohle; 2. anderthalb Zentner Kartoffeln pro Kopf der Familie.

Die Diskussion, die durchweg von oppositionellen Kollegen der SAP und der KPD in sachlicher Form geführt wurde, zeigte auf, daß zur Durchführung dieser bescheidenen Forderungen (wie sie der Referent selbst nannte) es nicht damit genügt, sich an die behördlichen Instanzen zu wenden, sondern die stärkste Mobilisierung der Erwerbslosen in Verbindung mit außerparlamentarischen Aktionen diesen Forderungen den notwendigen Nachdruck zu geben. Folgende von Kollegen Flehsig (SAP) eingereichte Entscheidung wurde mit vier Fünfteln Stimmenmehrheit angenommen:

„Die Erwerbslosen-Mitgliederversammlung verlangt vom Vorstand des ADGB zur Durchführung der aufgestellten Forderungen verstärkte außerparlamentarische Aktionen im Sinne von öffentlichen Versammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen usw. Darüber hinaus verlangt die Mitgliedschaft, die Forderungen der Erwerbslosen in Verbindung zu bringen mit dem durch die Papen-Notverordnung bedingten Lohnabbau der Betriebsarbeiter.“

Eine weitere Entschlußnahme, die sich gegen das Schandurteil der Arbeiter Lukahnk und Scharbach wandte, die zu je zehn Jahren verurteilt wurden, gelangte einstimmig zur Annahme.

Zum Thema „Freiwilliger Arbeitsdienst“ referierte Kollege Holtay, Oberhausen. Seine einstündigen Ausführungen waren ein Loblied auf den freiwilligen Arbeitsdienst, das bei vielen Gewerkschaftskollegen die Meinung aufkommen ließ, als ob ein von der Regierung Papen Beauftragter die Aufgabe hätte, den Gewerkschaftsmitgliedern den freiwilligen Arbeitsdienst schmackhaft zu machen. In der Diskussion wurde das Gegenteil von dem, was der Referent ausführte, mit aller Deutlichkeit aufgezeigt, und die Gefahren, die der freiwillige Arbeitsdienst jetzt schon zeitigt, bewiesen. Ein Gewerkschaftskollege (SAP) konnte nach Angabe der Zeitung „Bergbauindustrie“ nachweisen, daß in einem sächsischen Braunkohlentagebau verschiedene Arbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst verrichtet werden, und welche Gefahren sich heute schon dadurch in der Untergrubung der Tarife zeigen. Weiter wurde die Gefahr aufgezeigt, daß durch den freiwilligen Arbeitsdienst eine indirekte Militarisation der Jugend vonstatten geht. Eine diesbezügliche Entschlußnahme, in der zum Ausdruck kam, daß der ADGB sich nicht am freiwilligen Arbeitsdienst zu beteiligen habe, wurde mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Gewerkschaftskollegen! Folgt diesem Beispiel der Hamborner ADGB-Kollegen, damit die Schlagkraft der Gewerkschaften und deren Einrichtungen wieder zu einem Faktor im proletarischen Klassenkampf werden.

Erwerbslosen-Massaker

Vor dem Wohlfahrtsamt Herringen kam es am Montag zu schweren Zusammenstößen zwischen Erwerbslosen und der Landjäger, wobei letztere mit blanken Säbeln gegen die Arbeiter vorging. Die Ursachen dieses Tumults liegen darin, daß das Wohlfahrtsamt nur die Hälfte der Wochenunterstützung auszahlt und gleichzeitig 50 Pfg. bis 1,50 Mark für die Kartoffellieferung an die Erwerbslosen abzog. Darüber entstand eine ungeheure Empörung, und es wurde der Versuch gemacht, die Kassen zu stürmen. Die Landjäger versuchten zunächst die Ausgänge des Kassenraumes zu sperren. Der Arbeiter K. Hartung wurde zu Boden geschlagen, wo er benutzungslos liegen blieb. Einem Arbeiter wurde durch einen Säbelhieb der Schädel gespalten und auf die Fliehenden geschossen. Nachdem man dieses Massaker angerichtet hatte, verweigerten die Landjäger dem hinzueilenden Arzt und den Arbeitersamaritern die Behandlung der Verletzten.

BVG-Direktion beschwindelt die Öffentlichkeit

Beim Streik der Berliner Verkehrsarbeiter spielt die Frage der Angleichung der Löhne an die der Staatsarbeiter eine große Rolle. (Nebenbei)

Dieses von der Regierung geforderte Lohnangleichung stützt sich auf die von der SPD tolerierte Notverordnung der Brüning-Regierung vom 5. Juni 1931.)

Schon immer ist von den Arbeitern und auch vom Gesamtverband auf die Willkürlichkeit dieser „Angleichung“ hingewiesen worden. Trotz dieser Tatsache ist der Hinweis auf die „Zwangslage“ dieser Angleichungsbestimmung eines der Hauptargumente, mit denen der „Vorwärts“ vor und während des Kampfes gegen den Streik Stellung nahm.

Es ist nun von außerordentlichem Interesse, daß die christlichen Gewerkschaften, nämlich die „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner“ (GdE) den dokumentarischen Nachweis erbringen, daß die BVG-Direktion mit ihren diesen „Aufklärungs“-Inseraten in der Berliner Presse die Öffentlichkeit planmäßig irreführt, mit anderen Worten, beschwindelt hat. Der weitere Zweck dieser großen und gut bezahlten Inserate war nicht zuletzt der, die damit bedachte Presse für ihre Hetze gegen den Streik zu belohnen bzw. zu veranlassen. Hören wir, was die GdE feststellt:

Aus dem Messingwerk in Stollberg-Rhld.

Erfolgreiche Abwehr gegen Notverordnungslohnraub

Ueber die schädlichen Auswirkungen einer Zersplitterung der Arbeiterschaft und die glänzenden Ergebnisse einer geschlossenen Arbeiterfront gibt nachstehender Betriebsbericht ein sehr anschauliches Bild.

Bei der Firma Asten & Lynen Messingwerk in Stollberg im Rheinland in der Nähe von Aachen kam es am 24. Oktober zu einer Aussperrung der gesamten Belegschaft, weil sich die Arbeiter gegen den von der Firma diktierten Lohnabbau von 50 Prozent für die 31. bis 40. Arbeitsstunde zur Wehr setzten.

Es ist notwendig, die Zustände bei der Firma Asten u. Lynen etwas näher zu beleuchten. Die Werksleitung, bestehend aus Oskar Lynen und dessen Stiefsohn „von Pittler“ ist als eine der reaktionärsten unter den hiesigen Bättern bekannt. Sie hatte stets eine große Antipathie gegen die bestehenden Arbeiterrechte, gegen die Tarifverträge und gegen die von der Arbeiterschaft gewählte Betriebsvertretung. Sie steht auf dem Standpunkt, daß alles Heil von Hitler und seinen Trabanten kommen werde. Systematisch werden Betriebsratsmitglieder, die dem DMV angehören und das notwendige Rückgrat aufbringen, mit den raffiniertesten Methoden, selbst mit dem Manöver der zeitweiligen Betriebsstilllegung zur Strecke gebracht. Bei diesem Treiben beteiligt sich der Obermeister Roehl in besonders hervorragender Weise.

So entstand allmählich in diesem Betrieb die reinste Hölle für die Arbeiter. Statt, daß aber die Belegschaft hieraus die Lehre gezogen und sich in der zuständigen Gewerkschaft, dem Deutschen Metallarbeiterband, angeschlossen hätte, um weitere Angriffe abzuwehren zu können, blieb die Mehrzahl unorganisiert und zersplittert sich immer mehr.

Berlin, 8. November.

CNB. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner e. V. veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: Die Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG) habe, um ihre Lohnpolitik zu rechtfertigen, den Tageszeitungen über die bei ihr gezahlten Löhne Angaben zugehen lassen, die den Eindruck erwecken, als ob die Löhne der BVG allgemein über den Löhnen vergleichbarer Arbeitnehmer in anderen Betrieben ständen. Diese Angaben könnten in bezug auf das Verkehrspersonal (Fahr- und sonstiges Betriebspersonal) nicht unwidersprochen bleiben. Auffallenderweise habe die BVG für dieses Personal vergleichbare Gruppen anderer Betriebe nicht herangezogen. Unbestreitbar über der U-Bahnführer dieselbe Tätigkeit aus wie der Führer der elektrischen Stadt- und Vorortbahn. Hiernach ergebe sich folgende Gegenüberstellung: Es erhält (bisher) der U-Bahnführer, verheiratet mit einem Kind, ein Höchstentkommen von 206,54 RM, der gleiche Triebwagenführer der Reichsbahn 248,63 RM. Letzterer erhält darüber hinaus noch Nebenbezüge. Das Einkommen des U-Bahnführers wird dagegen noch um Sondersozialleistungen von über 30 RM verkürzt.

Ähnliches ergebe der Vergleich der übrigen Betriebsbeamten.

So werden die Arbeiter betrogen und wenn sie dagegen kämpfen, eine gekaufte Presse gegen sie gehetzt.

Diesen Zustand glaubte die Direktion durch immer schärfere Schläge auf den Magen der Arbeiter ausnützer zu können. So erfolgten Lohnsenkungen im November 1931, im Dezember 1931 auf Grund der Brüning-Notverordnung (Lohnreduzierung auf den Stand von Februar 1927), dann ab Februar 1932 mittels einer achtstägigen Scheinstillegung des Betriebes, Abbau sämtlicher Akkordzulagen von durchschnittlich 12 Prozent, ebenso Verschlechterung des Urlaubs. Gleichzeitig wurde die Scheinstillegung zur Entfernung des Betriebsrates benützt und an seiner Stelle willkürlich ein Nazi-Jünger als Betriebsrat eingesetzt. All das, besonders die

Reduzierung der Löhne um rund 50 Prozent in einem Jahr,

ließ sich die Belegschaft gefallen bzw. sie war infolge ihrer Zersplitterung dagegen machtlos. Es war unter diesen Umständen klar, daß die Direktion die Papen-Notverordnungsmaßnahme als willkommenes Mittel benützte, um die Löhne weiter herabzudrücken. Der schon erwähnte Herr „von“ Pittler konnte sich sogar im Kreise seiner „Standesgenossen“ damit brüsten, was er alles mit seiner Belegschaft machen könne.

Mitte Oktober, nachdem man einige Neueinstellungen vorgenommen hatte, sollte der Lohnabbau nach der Papen-Verordnung praktisch erprobt werden. Der Nazi-„Betriebsrat“ rührte sich nicht. In der Belegschaft dagegen rumorte es. Beherzte Kollegen drückten aber den Nazi-„Betriebsrat“ beiseite, stellten sich vor die Front und die ganze Belegschaft folgte ihnen. Zum Sonntag, den 23. Oktober, wurde eine Belegschaftsversammlung einberufen, in der alle Arbeiter erschienen, nicht einer fehlte.

Auch der Nazi-Betriebsrat war inzwischen munter geworden. Aber sein Bestreben ging in einer ganz anderen Richtung. Er hatte sich zwei hier gänzlich unbekannte Nazi-Leuchten der NSBO aus Köln zu dieser Versammlung bestellt, wahrscheinlich nicht ohne Zutun der Werksleitung. Die Belegschaft hatte jedoch sofort die Situation erkannt und beförderte diese Unternehmungen-Söldlinge, bevor sie sich richtig gesetzt hatten, an die frische Luft. Genau so erging es dem Herrn „von“ Pittler, der in seiner Neugierde auch an der Versammlung teilnehmen wollte. Darauf nahm die Versammlung ihren Fortgang mit dem Ergebnis, daß fast einstimmig beschlossen wurde, unter keinen Umständen zu den von der Firma gestellten Bedingungen weiterzuarbeiten. Sollte die Werksleitung ihre angekündigten Lohnabbaumaßnahmen nicht zurücknehmen, dann wird geschlossen die Kündigung eingereicht. Das wurde auch tags darauf nach der Weigerung der Zurücknahme durch die Firma restlos durchgeführt. Die eintägige Kündigungsfrist versuchte „von“ Pittler zur Verwirrung und Zersplitterung der Arbeiter auszunützen. Er berief sogar von sich aus eine Belegschaftsversammlung ein, wo er die „Notlage der Firma“ vortrug. Auch den Syndikus der Industriellen hatte man dazu geholt.

Doch die Wirkung dieser Versammlung war eine für diese Herren ganz unerwartete. Geschlossen trat die Belegschaft auf der Stelle in den passiven Widerstand und erklärte, die Arbeit nicht eher fortzusetzen, bis ihre Forderungen erfüllt sind. Darauf erfolgte die sofortige Aussperrung der gesamten 110 Mann starken Belegschaft. Mit brausendem Kampfruf zogen die Arbeiter aus dem Betrieb.

Die Geschlossenheit der Belegschaft führte zu einem schnellen Erfolg.

Schon am 28. Oktober kapitulierte die Firma und es kam durch Verhandlungen zu folgender

Vereinbarung mit dem DMV und dem christlichen Metallarbeiterverband:

„Die Belegschaft wird restlos wieder eingestellt. Die Arbeitszeit beträgt vorläufig 40 Stunden, es wird aber möglich gemacht, den Lohnausfall herbeizuholen. Bis spätestens 2. November müssen alle Arbeiter wieder eingestellt sein.“

Um jeden weiteren Streik aus dem Wege zu räumen, wird Akkordarbeit eingeführt und so gestellt, daß die Arbeiter in die Lage versetzt sind, mindestens den Lohn zu verdienen wie in den übrigen Messingwerken in Stollberg. Von der Notverordnung wird kein Gebrauch gemacht.“

Damit fand eine kleine Teilaktion ihren Abschluß. Es ist zu hoffen, daß jeder Arbeiter daraus gelernt hat, wie notwendig in seinem eigenen Interesse die Geschlossenheit ist und daß es in seinem Interesse liegt, sich der Gewerkschaft anzuschließen und dort im Sinne des Klassenkampfes zu arbeiten, um für alle Fälle den notwendigen Rückhalt im Kampf gegen das Unternehmertum zu haben.

FAD

und öffentliche Betriebe

Zu diesem Thema nimmt das Organ des Gesamtverbandes, „Die Gewerkschaft“, Stellung. Es schreibt:

„Dieser Bericht (Bericht im Reichsarbeitsblatt über das erste Jahr des freiwilligen Arbeitsdienstes) beweist deutlich, daß die öffentlich-rechtlichen Körperschaften die bedeutendste Rolle im freiwilligen Arbeitsdienst übernommen haben. Als Träger der Arbeiten ist die öffentliche Hand mit 51,5% und als Träger des Dienstes mit 36,6% beteiligt. Leider ergibt sich aus dem Bericht nicht, wieviel Tagewerke für die öffentliche Hand geleistet sind. Es dürfte aber feststehen, daß sie auch hier an erster Stelle steht. Wie unsere bisherigen Beobachtungen zeigten, daß eine ganze Reihe von Arbeiten des FAD reguläre Arbeiten sind, und daß bei zahlreichen öffentlichen Körperschaften die Absicht besteht, diese Methode weiter auszudehnen.“

Nachdem nun eine ganze Reihe von Fällen aus Berlin, Stettin, Wiesbaden, Duisburg angeführt wird, in denen der FAD bei völlig regulären Arbeiten, besonders bei der Herstellung und Instandhaltung der Gartenanlagen, eingesetzt wird, heißt es weiter:

„Es besteht gar kein Zweifel, daß es sich in allen diesen Fällen um reguläre Arbeiten handelt, für die der FAD nicht in Frage kommen darf. Ganz besonders scheint sich der FAD des Straßenbaues bzw. der Instandhaltung der Landstraßen zu bemächtigen. Wir haben festgestellt, daß in Thüringen zahlreiche solcher Arbeiten verrichtet werden. Aus der Gegend von Küstrin wird mitgeteilt, daß dort sogar die Neuschüttung einer 10 km langen Schollerstraße durch den FAD vorgenommen wird. In einer Landstraßenwärtlerkonferenz in Berlin wurde berichtet, daß der FAD in einem Bezirk die gleichen Arbeiten verrichtet, wie die Straßenwärtler.“

Diese Ausführungen der „Gewerkschaft“ zeigen nicht nur, wie der FAD den noch beschäftigten Arbeitern und auch den Arbeitslosen Arbeit und Brot nimmt, sondern sie zeigen auch mit aller Deutlichkeit den „berühmten Einfluß“ der Gewerkschaften auf den FAD. So wird diese Feststellung des Gesamtverbandes zugleich zu einem Schlag gegen die eigene falsche Politik der Verbandsführung. Denn waren es nicht die Gewerkschaftsinstanzen mit Einschluß des Gesamtverbandes, die gerade durch ihre Mitarbeit beim FAD solche oben geschilderten Zustände verhindern wollten? — Jetzt haben wir ein vorläufiges Ergebnis dieser „Einflußnahme“. — Es ist eine einzige Pleite dieser reformistischen Führung. Und welche Lehre zieht sie nun aus diesem Ergebnis von einem Jahr Arbeitsdienst; was unternimmt der Gesamtverband?

Im Schlußabsatz des angeführten Artikels wird auf ein Rundschreiben des Reichskommissars für den Arbeitsdienst hingewiesen, in dem einige recht stark nach Gummi riechende „Hinweise“ für die Anwendung des freiwilligen Arbeitsdienstes enthalten sind. Dazu schreibt dann das Organ des Gesamtverbandes: „Mit Hinweis auf dieses Rundschreiben können zweifellos manche Gefahren für uns beseitigt werden. Sorgen wir für die Beachtung dieser Richtlinien.“

Das ist alles! So vertritt die Leitung der zweitgrößten Gewerkschaft die Interessen ihrer Mitglieder. So kämpft sie gegen die immer größere Ausmaße annehmende Ersetzung tarifmäßig bezahlter Arbeiter durch den FAD. Kein Wort des Kampfes, kein Wort der Besinnung auf die eigene Kraft. Man verläßt sich nur auf das Wohlwollen des Reichskommissars, hofft also auf die Gnade des Gegners. — Ist das nicht Pleite in Reinkultur? — Das ist der konsequente Weg der Niederlagenstrategie, das ist der Weg, der dahin führt, wo D'Arrogona, der Führer der Gewerkschaften in Italien, gelandet ist, das ist der Weg, der letzten Endes auch vor dem Faschismus kapituliert. Schärfster Kampf gegen diese unfähige reformistische Führung ist Aufgabe eines jeden Genossen, sollen die Gewerkschaften wieder kampffähig werden.

Bis Mai 1933 verboten!

Berlin, 8. November.

Der Polizeipräsident hat die periodische Druckschrift „Die Internationale“ mit sofortiger Wirkung bis zum 1. Mai 1933 wegen Aufforderung zum politischen Massenstreik und Anreizung zum Ungehorsam gegen Gesetze verboten.